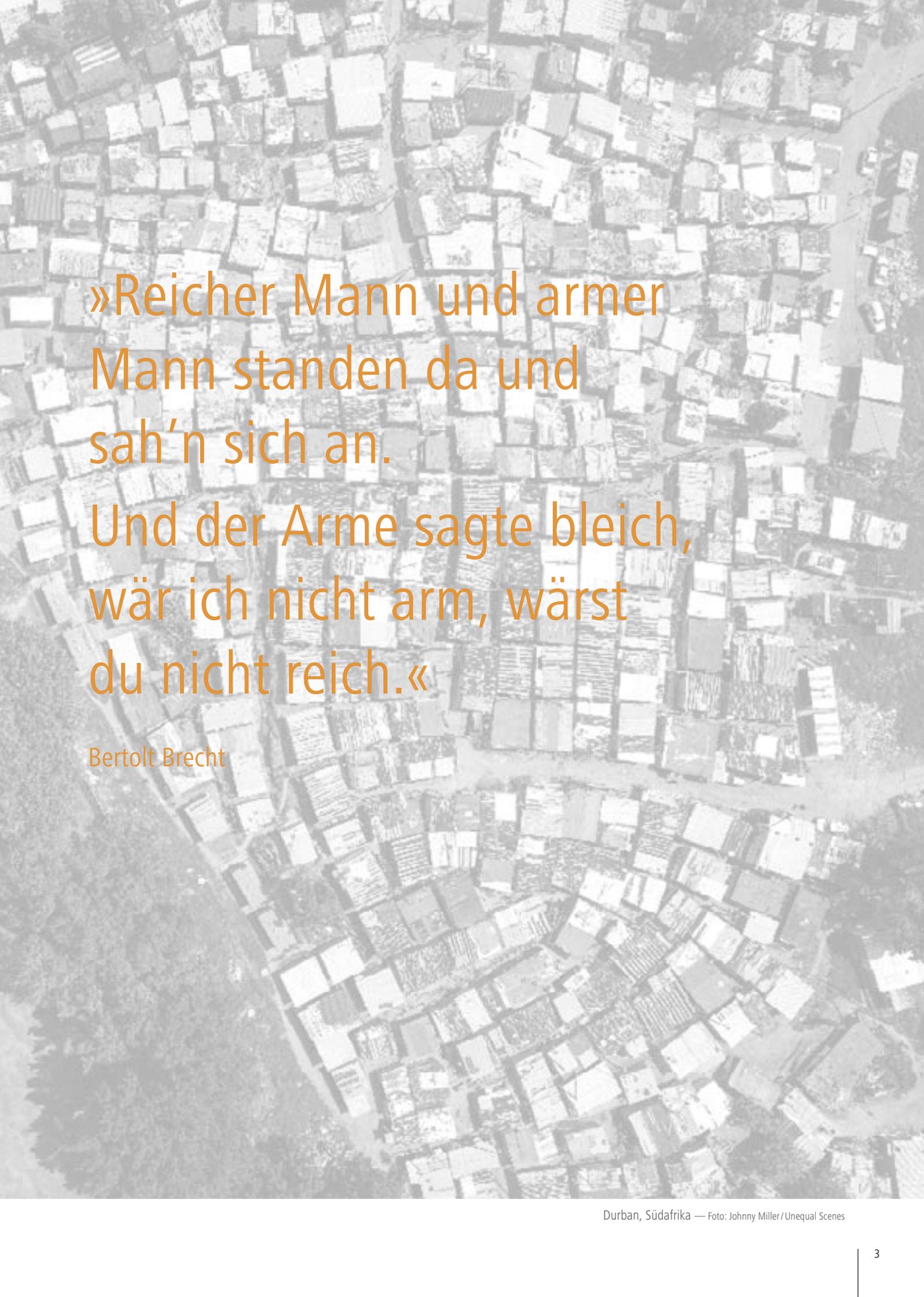


Ungleichheit weltweit

Wie der Finanzmarktkapitalismus
die Transformation der Arbeitswelt herausfordert







»Reicher Mann und armer
Mann standen da und
sah'n sich an.

Und der Arme sagte bleich,
wär ich nicht arm, wärst
du nicht reich.«

Bertolt Brecht

Eine Publikation des Projekts



Gute Arbeit
weltweit

www.gute-arbeit-weltweit.de

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e. V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer
Verantwortlich: André Edelhoff
Projektleitung: Valerie Franze
Redaktion: Beate Willms und Valerie Franze
Gestaltung: schrenkwerk.de
Druck: Bernd Rölle Medienproduktionen
Titelfoto: Papwa Sewgolom Golf Course, Durban, Südafrika
Foto: Johnny Miller / Unequal Scenes

Düsseldorf 2022, 1. Auflage

DGB Bildungswerk BUND
Nord-Süd-Netz
Franz-Rennefeld-Weg 5, 40472 Düsseldorf
Tel.: 0211 43 01 - 320
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein das DGB Bildungswerk e. V. verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des



Inhaltsverzeichnis: Ungleichheit weltweit

Vorwort	6
Globale Ungleichheit und Finanzialisierung	8
Globale Ungleichheiten MACHT GIBT ES NICHT OHNE MACHTLOSIGKEIT Karin Fischer, Johannes Kepler Universität Linz	10
Wie Finanzialisierung soziale Ungleichheit bedingt EINE NEUE LOGIK FÜR ALLE BEREICHE DER GESELLSCHAFT Andreas Nölke, Goethe-Universität Frankfurt	16
Entwicklungspolitik, Pflege, Agrar	22
Globale Transformation und nachhaltige Entwicklung DER IRRWEG ZUM KLEINEN GRÜNEN STAAT Daniela Gabor, Universität von Westengland in Bristol	24
Finanzialisierung im Pflegesektor GUTE ARBEIT UND GUTE PFLEGE GIBT ES NUR MIT DEMOKRATISCHEN FINANZEN Marina Durano, feministische Ökonomin	30
Finanzialisierung in der Landwirtschaft IST HUNGER DIE NÄCHSTE PANDEMIE? Sonja Gündüz, Regionalwissenschaftlerin für Lateinamerika	36
Aus den Gewerkschaften	42
Globale Finanzwelt »UNSERE RATSCHLÄGE FINDEN VIEL STÄRKER GEHÖR« Interview von Felix Lee mit Alex Campbell, Internationaler Gewerkschaftsbund	44
Bildungsgewerkschaften kämpfen gegen Privatisierung »BILDUNG IST KEIN FAST FOOD« Matthias Holland-Letz, Journalist und Autor	47
Herausforderungen für die Gewerkschaftsbewegung in Brasilien »DER KAMPF FÜR GERECHTIGKEIT MOTIVIERT MICH« Interview von Lisa Kuner mit Valter Sanchez, IndustriAll Global Union	50
Literaturhinweise	54

Verzeichnis der Infokästen

Unterschiede, Spreizungen, Gefälle	13
Indizes: Gini-Koeffizient und Palma-Ratio	15
Machtverschiebung durch Finanzialisierung	18
Für deutsche und europäische Renten: Landraub im Globalen Süden	19
Mensch vor Marge: Dem Vorgehen aggressiver Finanzinvestoren gegenüber Unternehmen und Beschäftigten Grenzen setzen	21
Projekte des Wall Street Consensus	25
Ungesunde Ergebnisse	32
Modell Multi-Akteurs-Partnerschaft: Übernahme durch die Konzerne	35
Klimakiller industrielle Landwirtschaft	40
Gutes Investieren nach ESG-Kriterien braucht klare Vorgaben	41

Abbildungsverzeichnis

Einkommensverteilung weltweit	12
Einkommensverteilung und Vermögensverteilung nach Regionen weltweit	14
Aktienrückkäufe an der US-Börse	17
Anteil der Arbeitseinkommen am Bruttoinlandsprodukt	20
Vergleich öffentlicher Mittel für die Entwicklungs- zusammenarbeit und Blended Finance	32
Anzahl der Übernahmen durch Private-Equity- Gesellschaften im Pflege- und Gesundheitssektor in Deutschland	33
Anzahl der Menschen, die weltweit unter Hunger leiden	36
Preissteigerungen, Angebot und Nachfrage im Lebensmittelsektor	37
Spekulationen am Beispiel des Weizenmarktes der Pariser Börse	39
Überschuldete Staaten weltweit	45
Der Globale Rechtsindex	53

Vorwort

Die Herausforderungen sind lange bekannt. Vor den **Grenzen des Wachstums** auf einem endlichen Planeten warnte der Club of Rome in seinem gleichnamigen Bericht schon vor 50 Jahren. Bereits zum 27. Mal fand dieses Jahr die UN-Klimakonferenz statt, die erneut hinter dem Erfordernis eines konkreten Aktionsplans zur Reduzierung der CO₂-Emissionen zurückblieb.

Wissentlich steuert die Weltgemeinschaft auf ein Schreckensszenario zu, in dem große Teile der Erde – insbesondere im Globalen Süden – unbewohnbar werden.

Das vorherrschende globale kapitalistische Wirtschaftsmodell hat versagt. Es ist ausgerichtet auf die Maximierung von Profit, Konsum und die Ausbeutung von Mensch und Natur – insbesondere zu Gunsten der Länder des Globalen Nordens. Damit gefährdet es unsere Lebensgrundlagen.

Auch die Politik hat darin versagt, Regeln aufzustellen, um das zu verhindern. Auf Schritt und Tritt folgen nun Krisen, die vermeidbar waren oder zumindest in ihren Auswirkungen besser kontrollierbar.

So erhöht das Eindringen des Menschen in die Natur das Risiko für Pandemien. Die Corona-Krise forderte umso mehr Todesopfer, als sie vielerorts auf marode öffentliche Gesundheitsstrukturen traf. Diese wiederum sind eine Folge des kapitalistischen Systems, das seit Jahrzehnten neoliberale Dogmen durchsetzt, die auf staatliche Sparmaßnahmen und Privatisierung setzen und zur Aushöhlung öffentlicher Daseinsfürsorge führen.

Ein weiteres Beispiel sind die enormen Preissteigerungen im Energie- und Lebensmittelsektor nach dem im Februar 2022 begonnenen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Sie waren angetrieben durch eine politisch gewollte einseitige Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Russland und von Spekulationen, die durch mangelnde Regulierung der Finanzmärkte begünstigt werden. Exorbitante Gewinne stehen Hungerkrisen gegenüber.

Damit werden die Schwächen des aktuellen Wirtschaftsmodells deutlich aufgezeigt und extreme Ungleichheiten sichtbar.

Gewerkschaften machen gemeinsam mit anderen Akteur_innen schon lange darauf aufmerksam, dass die Klimakrise

nur in Verbindung mit Antworten auf Fragen (globaler) sozialer Gerechtigkeit zu bekämpfen ist.

Dafür haben sie den Begriff **Just Transition** geprägt. Und sie haben erreicht, dass Just Transition auf der Agenda steht, wenn es um Weltklimapolitik geht.

Der Kampf für soziale Gerechtigkeit und **Gute Arbeit** in der Transformation wird so weltweit geführt. Erste Erfolge sind beispielsweise die zunehmende Organisierung von Arbeiter_innen in der digitalen Plattformökonomie oder Gewerkschaften, die Sorge dafür tragen, dass Tarifverträge Fortbildungen für die digitale Transformation und Arbeitsschutz gegen Klimaveränderungen einbeziehen.

Gemeinsame Kampagnen- und Lobbyarbeit in zivilgesellschaftlichen Bündnissen führt dazu, dass es Fortschritte, etwa bei der Regulierung menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten von Unternehmen, gibt.

Die globale Gewerkschaftsbewegung setzt sich darüber hinaus für umfassende Änderungen der politischen Rahmenbedingungen ein und fordert Investitionen jenseits der Schwarzen Null. Denn Ungleichheit wird so lange zunehmen, wie das Wirtschafts-, Handels- und Finanzsystem einseitig zugunsten ökonomisch starker Staaten, Unternehmen, Finanzinvestor_innen und elitärer Gruppen ausgerichtet ist.

Die Ungleichheitsforschung weist nach, dass eine strengere Regulierung der Finanzmärkte historisch einherging mit Phasen von weniger Ungleichheit. Mit zunehmender Liberalisierung der Finanzmärkte seit den 1970ern geht die Entwicklung wieder in die andere Richtung. Während das Geld in der Welt mehr wird und die Wirtschaftsleistung wächst, nimmt der Anteil der Löhne daran ab.

Mehr Ungleichheit bedeutet neuen Zündstoff für soziale Konflikte, was wiederum die politische Umsetzung wichtiger Reformen beim Übergang zur Klimaneutralität gefährden kann.

Für Gute Arbeit, globale, soziale Gerechtigkeit und die Bekämpfung des Klimawandels braucht es ein faires Wirtschafts- und Finanzsystem, mehr Steuergerechtigkeit und Investitionen, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind.

Trotz dieser Erkenntnisse werden Lösungskonzepte verfolgt, die Finanzialisierung und damit Ungleichheit vorantreiben.

So werden die Ausgestaltung und Finanzierung der Transformation großteils dem Markt überlassen und mit privatem Kapital finanziert. Der Staat setzt die Anreize und übernimmt Risiken.

Im Hinblick auf die Transformation und vor allem im Zusammenhang mit den globalen **Zielen für Nachhaltige Entwicklung** ist die Rede von einer Finanzierungslücke, die private Investor_innen füllen müssten. Letzteres wird angesichts klammer öffentlicher Kassen und im Zusammenhang mit zunehmender globaler Krisen als alternativlos geframed.

Stattdessen bräuchte es einen Diskurs darüber, unter welchen Bedingungen und mit welchen Instrumenten Staaten mehr Mittel mobilisieren können, um selber zu investieren, den notwendigen Wandel zu gestalten und demokratisch zu kontrollieren. Und wo privates Kapital investiert wird, müssen Regeln aufgestellt und durchgesetzt werden, um Ungleichheit zu bekämpfen und nicht zu verstärken.

Vor diesem Hintergrund behandeln die Beiträge in dieser Broschüre das Thema Ungleichheit weltweit und zeigen, wie der Finanzmarktkapitalismus die Transformation der Arbeitswelt herausfordert.

Einleitend geht es um die Frage, was Ungleichheit ist, welche unterschiedliche Formen von Ungleichheit es gibt, wie sie zusammenwirken und warum es eine globale Perspektive braucht. Wie hängt Ungleichheit mit Finanzmarktkapitalismus bzw. Finanzialisierung zusammen? Was bedeutet Finanzialisierung konkret, welche Nord-Süd-Zusammenhänge sind wichtig und wie sind Arbeiter_innen betroffen?

Im nächsten Abschnitt wird Finanzialisierung in den entwicklungspolitischen Kontext gesetzt und exemplarisch werden die Auswirkungen des Finanzmarktkapitalismus in den Branchen Pflege und Agrarwirtschaft beleuchtet.

Wie Gewerkschaften versuchen, die Internationalen Finanzinstitutionen für Arbeitnehmendeninteressen zu gewinnen

und die Fehler des Finanzmarktkapitalismus zu korrigieren, berichtet Alex Campbell, Leiter des Washington-Büros des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Globalen Gewerkschaftsverbände.

In einem weiteren Artikel wird die Privatisierung von Bildung am Beispiel einer Privatschulkette beschrieben, die in einigen ostafrikanischen Ländern tätig ist. Es geht um die Auswirkungen auf Lehrende und Lernende und wie sich Bildungsgewerkschaften dagegen einsetzen.

Valter Sanches, ehemaliger Generalsekretär des globalen Gewerkschaftsverbands, IndustriAll Global Union, skizziert, wie die Herausforderungen der enormen Ungleichheit die Arbeit von Gewerkschaften in Brasilien und global prägen.

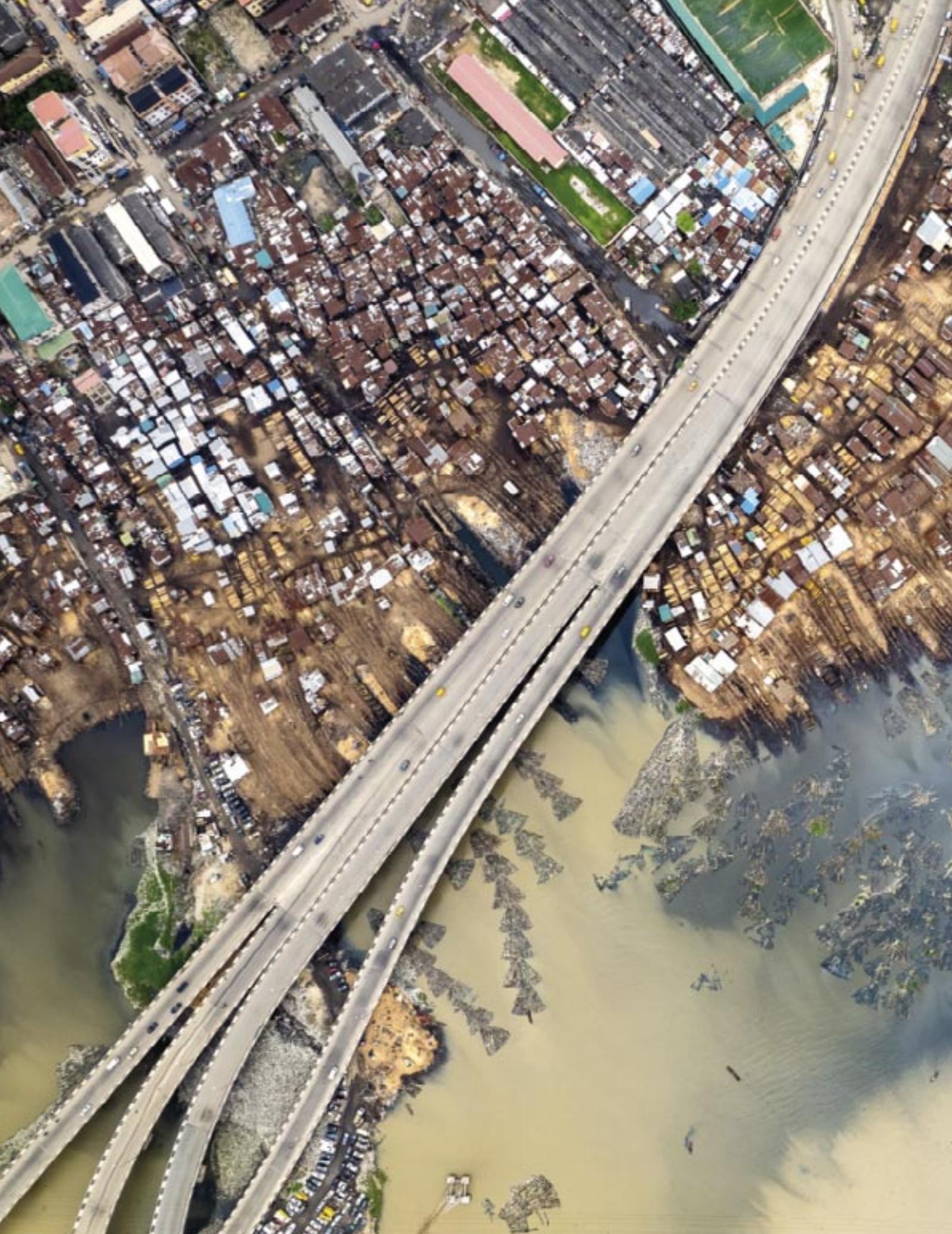
Wir bedanken uns bei allen Mitwirkenden und ganz besonders bei den Autor_innen und Interviewpartner_innen!

Solidarische Grüße,

Valerie Franze

Leiterin des Projekts
Gute Arbeit weltweit
beim Nord-Süd-Netz





Globale Ungleichheit und Finanzialisierung



»Hartnäckige Differenzierungsachsen wie jene zwischen Männern und Frauen, zwischen ›Weiß‹ und ›Schwarz‹ oder zwischen Nord und Süd verdeutlichen, dass es bei Ungleichheit immer um Macht geht.«

Karin Fischer

Globale Ungleichheiten

Macht gibt es nicht ohne Machtlosigkeit

Ungleichheit ist ein weltweites Phänomen und wird auf den globalen Finanzmärkten, durch internationale Institutionen und grenzübergreifende Mechanismen verstärkt und verfestigt, sagt Karin Fischer. Um sie zu bekämpfen, brauche es deshalb eine globale Perspektive und globale Regeln.

Soziale Ungleichheit hat in den letzten Jahren verstärkt öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Das hat damit zu tun, dass wir nun feststellen, dass die Ungleichheit auch und gerade in den wohlhabenden Ländern des Globalen Nordens zunimmt, vor allem bei Einkommen und Vermögen.

Globale Kontexte

Globale Ungleichheit bleibt hingegen ein Randthema, in der Forschung dominiert der nationale Blick. Dabei haben vergleichende Analysen meist die Europäische Union oder die OECD als Bezugsrahmen. Allerdings halten sich die Ursachen für soziale Ungleichheiten nicht an nationale Grenzen. Globale Prozesse schaffen oder verstärken lokale Schiefenlagen.

Offensichtlich wird das bei der ungleichen Verteilung von Umweltgefahren: Hoheinkommensländer lagern die ökologischen Kosten und Lasten ihrer Lebensweise in andere Länder und Gesellschaften aus. Ihre Handelsbilanzen zeigen: Sie beanspruchen mehr Ressourcen wie Material, Energie, Land aus durchschnittlich ärmeren Ländern, als sie selbst für den Welt-

markt zur Verfügung stellen, schmutzige Produktionsstufen werden dorthin ausgelagert. So verursachen die reichen Staaten mehr CO₂-Emissionen in anderen Ländern, als sie innerhalb ihrer Grenzen zulassen. Rohstoffextraktion, monokulturelle Landwirtschaft und Plantagenwirtschaft für ihren Bedarf führen zudem im Globalen Süden zu Entwaldung, Wasserknappheit sowie Pestizidbelastung und treffen so diejenigen stärker, die weniger Anteil am Konsum haben.

Die internationale Arbeitsteilung strukturiert nicht nur in ökologischer Hinsicht globale Ungleichheit. Ein Weltbankökonom hat errechnet, dass Näher_innen in Mexiko, der Dominikanischen Republik oder auf den Philippinen für das Fertigen eines Markenhemdes lediglich zwischen 1,3 und 1,6 Prozent dessen bekommen, was es in einem US-amerikanischen Einzelhandelsgeschäft kostet. Eine Verdoppelung ihrer Löhne würde den Kaufpreis der Hemden nur um rund 1,5 Prozent verteuern. Ähnliches gilt für IT-Beschäftigte in Asien. Die Arbeiter_innen in den chinesischen Fabriken von Foxconn, dem Zulieferer von Apple und anderen IT-Riesen, erhalten für den Bau der Komponenten und das Zusammenschrauben eines iPhones oder iPods 1,8 bis 2 Prozent des Verkaufspreises. Lohnhierarchien sorgen für hohe Profite bei transnational operierenden Konzernen – und billige Preise für Haushalts- und Unterhaltungselektronik (Kraemer et al. 2011).

Auch die Vermehrung von Reichtum ist eine globale Angelegenheit, Vermögende vermehren ihren Reichtum auf globalisierten Finanzmärkten. Für Nationalstaaten sind ihre Praktiken kaum zu kontrollieren. Die dominante Rolle der Finanzwirtschaft, die in immer mehr Bereiche der Wirtschaft hinein-



Karin Fischer ist seit 2019 Leiterin des Arbeitsbereichs Globale Soziologie und Entwicklungsforschung am Institut für Soziologie der Johannes Kepler Universität Linz. Zuvor leitete sie dort die Abteilung Politik- und Entwicklungsforschung.



Feministische Aktion am 25. November in Bogota, Kolumbien – Internationaler Tag für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen — Foto: Maria Jose Gonzalez/EPA/pa

wirkt («Finanzialisierung»), und Gesetze, die transnationale Kapitalflüsse und Steuervermeidung begünstigen, sorgen für eine Umverteilung: Lohneinkommen verlieren gegenüber den Kapitaleinkommen, die nur einer relativ kleinen Gruppe zufließen, an Gewicht. Das verstärkt die Ungleichheit.

Wohnen und der Immobilienmarkt sind ebenfalls keine rein lokale Angelegenheit. Wenn der städtische Immobiliensektor für spekulative private Investitionen – und das heißt: für eine globale Kapitalanlage – geöffnet wird, steigen die Preise. Bewohner_innen müssen sich verschulden, um Wohnungen kaufen oder höhere Mieten bezahlen zu können.

Auch internationale Handelsverträge, Steuer- und Investitionsabkommen sowie Grenz- und Migrationsregime schaffen ungleiche Handlungsspielräume und Möglichkeitsstrukturen. Kurz gesagt: Wir leben in lokalen Sozialräumen, deren Ungleichheitsstrukturen weltgesellschaftlich und weltwirtschaftlich eingebettet sind (Lessenich 2016).

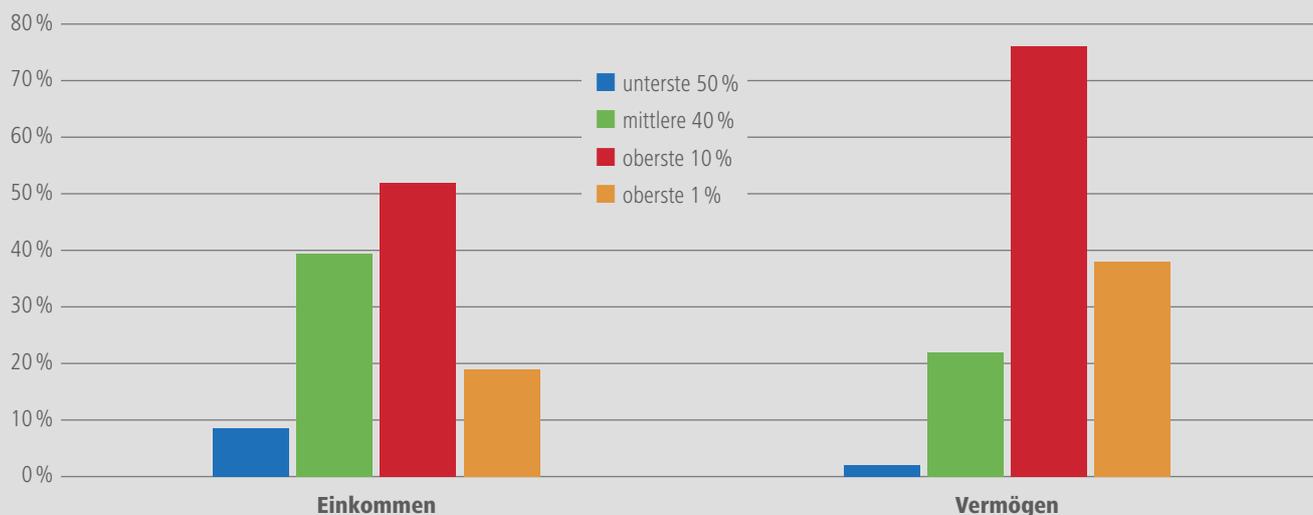
Eine globale Perspektive verdeutlicht Zusammenhänge, die mit einer »nationalen« oder einer europäischen Brille nicht zu

entdecken sind. Das macht die Forschung zu globaler Ungleichheit zu einem herausfordernden Unterfangen. Das gilt auch für politische Maßnahmen, um ihren Ursachen und Dynamiken entgegenzuwirken.

Ungleichheit – ein vielgestaltiges Phänomen

Wenn es um weltweite Ungleichheit geht, landen wir meist bei Einkommen und Vermögen. Dabei gibt es eine Vielzahl an Ungleichheiten, über die es sich zu sprechen und zu forschen lohnt: zum Beispiel über Ungleichheit beim Zugang zu Bildung, Information und sozialen Rechten, im Status und Ansehen oder in Bezug auf politische Rechte, politischen Einfluss und im Ressourcenverbrauch. Dass globale Ungleichheit vor allem in ihrer finanziellen Dimension abgebildet wird, hat damit zu tun, dass in den letzten Dekaden große Anstrengungen unternommen wurden, Einkommensdaten weltweit zu erfassen und international vergleichbar zu machen. In anderen Feldern ist die Datenlage eher spärlich und durch Ungleichheitsindikatoren viel schwerer zu illustrieren.

Einkommensverteilung weltweit 2021: Ungleiche finanzielle Grundlagen für den Lebensstandard



Quelle: World Inequality Report 2022

Einkommen alleine ist kein allumfassender Indikator, um Lebensqualität zu messen und Lebensbedingungen weltweit zu vergleichen. Dennoch trägt es entscheidend zum Lebensstandard bei. Viele Güter des täglichen Bedarfs und Ressourcen, die wir zur Entfaltung unserer Fähigkeiten brauchen, sind heutzutage bis in den hintersten Winkel der Welt den Marktgesetzen unterworfen und nur für Geld zu haben. Insbesondere in armen Gesellschaften ist ein gutes Leben überproportional von den individuellen Geldmitteln abhängig, weil die erheblich unterfinanzierten Gemeinwesen kaum dazu beitragen können.

Ganz allgemein sprechen wir von Ungleichheit, wenn anerkannte Gleichheitsgrundsätze und entsprechende rechtliche Standards verletzt werden, wenn einigen wenigen ungerechtfertigte Vorteile erwachsen oder wenn die Unterschiede so groß werden, dass sie die Lebenschancen der Benachteiligten materiell und/oder psychisch einschränken (Therborn 2006). Ungleichheit zu erleben, schafft Entfremdung. Sie verletzt menschliche Würde und schmälert oder verunmöglicht Verwirklichungschancen. Definitiv handelt es sich um relativ dauerhafte und regelmäßige Muster von Begünstigung oder Benachteiligung, die Menschen oder Gruppen im Zugang zu Ressourcen oder sozialen Positionen erfahren; das Ergebnis sind vorteilhafte oder nachteilige Handlungs- und Lebensbedingungen (Solga et al. 2009). Soziale Ungleichheit ist gesellschaftlich bedingt und deshalb grundsätzlich veränderbar und legitimationsbedürftig.

Dimensionen von Ungleichheit

Ungleichheit lässt sich zwischen Individuen, zum Beispiel innerhalb einer Familie, eines Haushalts und unter Einkommens-

beziehungen, oder zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen feststellen, also etwa zwischen sozialen Klassen und Geschlechtern, zwischen Minderheiten und der Mehrheitsgesellschaft, zwischen »Weißen« und »Nicht-Weißen«. Dabei ist Ungleichheit auch multidimensional: Wir können annehmen, dass es Verbindungen zwischen verschiedenen Formen von Ungleichheit gibt, dass sich etwa rassistische Diskriminierung auch in einem eingeschränkten Zugang zu Bildung oder/und zum Arbeitsmarkt niederschlägt. Gleiches kann für Geschlechterungleichheit angenommen werden. Sie kann sich im Arbeitsmarkt, im Rechtssystem und im Zugang zu Bildung manifestieren. Materiell Ausgegrenzte und Marginalisierte sind meist auch politisch ausgegrenzt und marginalisiert.

Auch Strukturkategorien sozialer Ungleichheit können sich überlappen. Geschlecht, Ethnizität, race, Staatsbürgerschaft, Klassenzugehörigkeit und Sexualität wirken jeweils für sich und im Zusammenspiel mit den anderen und konstituieren so gesellschaftliche Machtverhältnisse. Ein Beispiel dafür wäre, dass gender-basierte Diskriminierung sich mit anderen Quellen struktureller Privilegierung oder Benachteiligung wie etwa Klasse und nationaler Zugehörigkeit überkreuzt und Ungleichheit sich auf diese Weise verstärkt.

Das ist allerdings nicht zwingend und schon gar nicht automatisch der Fall. Weiße Arme erfahren in manchen Bereichen möglicherweise weniger Diskriminierung, beispielsweise bei der Wohnungssuche oder auf Ämtern. Sie können aber unter Umständen stärker unter Stigmatisierung leiden. Forschung ist gefordert, möglicherweise widersprüchliche Prozesse der Produktion und Reproduktion von Ungleichheit aufzudecken, abzubilden und deren Ursachen zu bestimmen.

Ungleichheit lässt sich auch auf räumlichen Ebenen untersuchen, etwa zwischen Stadt und Umland, zwischen Ländern, Ländergruppen und zwischen Nord und Süd – zumindest wenn wir die Daten haben. Genauso wie sich Ungleichheit intersektional (Gender, race, Klasse) überkreuzt, sind lokale, regionale, nationale und internationale bzw. globale Ungleichheitsverhältnisse oft eng miteinander verwoben. Gleichzeitig werden sie durch politische Grenzen voneinander getrennt.

Lotterie der Geburt

Aus einer globalen Perspektive ist der Nationalstaat ein Ungleichheitsmacher: Er schafft in seinem Inneren Gleichheit unter den anerkannten Staatsbürger_innen und grenzt andere aus. Nationale Grenzen ermöglichen Differenzierungsprozesse; sie institutionalisieren ein ungleiches System sozialer, ökonomischer und politischer Teilhaberechte für verschiedene Status-

gruppen. Die Staatsbürgerschaft – die durch den Zufall der Geburt erworben wird – ist ein sorgfältig reguliertes System, das den Zugang zu knappen Ressourcen für die vermeintlich natürlichen Erben der politischen Gemeinschaft reserviert. So gerät sie zu einer wichtigen Determinante für die Stellung eines Individuums in der globalen Ungleichheitsstruktur – etwas, was sich nur in globaler Perspektive zu erkennen gibt. In globaler Perspektive betrachtet, besitzt der Nationalstaat eine wohlstandswahrende Funktion für eine ausgewählte Minderheit reicher Staaten und deren Angehörige (Tilly 1999; Weiß 2017).

Der ehemalige Weltbankökonom Branco Milanović schätzt, dass 60 Prozent des Lebenseinkommens durch den Geburtsort bestimmt werden. Die Einkommenssituation der Eltern macht 20 Prozent aus. Bin ich am »falschen Ort« geboren, helfen mir möglicherweise weder Fleiß noch Bildung, um meine Fähigkeiten zu entfalten und Einkommen zu generieren. Her-

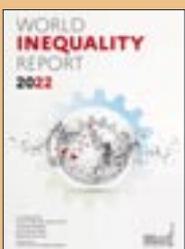
Unterschiede, Spreizungen, Gefälle

Der World Inequality Report 2022 sammelt Daten nicht nur für professionelle Akteur_innen. Er versorgt auch die Zivilgesellschaft mit wichtigen Fakten für Debatten.

Im Schnitt verdiente jeder erwachsene Mensch im Jahr 2021 etwa 23.380 US-Dollar und besaß ein Vermögen von 102.600 US-Dollar. Hinter diesen Durchschnittswerten verbergen sich jedoch große Unterschiede. Die einkommensstärksten 10 Prozent der Weltbevölkerung beziehen derzeit etwa 52 Prozent des weltweiten Einkommens, während auf die ärmere Hälfte der Bevölkerung 8,5 Prozent entfallen. Im Durchschnitt verdient eine Person aus diesen obersten 10 Prozent 122.100 US-Dollar pro Jahr, während eine Person aus der ärmsten Hälfte 3.920 US-Dollar an Einkommen hat.

Noch größer ist die Ungleichheit beim Vermögen, das dazu neigt, sich immer stärker zu konzentrieren. Die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung besitzt nur 2 Prozent des Gesamtvermögens, das reichste Zehntel hat einen Anteil von etwa 76 Prozent.

Das sind Daten aus dem World Inequality Report 2022. Es ist der zweite Bericht des World Inequality Lab der Paris School of Economics nach 2018. Im Rahmen des Projekts des



französischen Forschungszusammenchlusses arbeiten mehr als 100 Forscher_innen aus allen Kontinenten mit statistischen Ämtern, Steuerbehörden, Hochschulen und internationalen Organisationen zusammen, um länderübergreifend vergleichbare Daten zu diversen For-

men der Ungleichheit zu vereinheitlichen und zu analysieren. Sie versuchen so, eine Lücke zu schließen: Die gängigen World-Wealth-Berichte stammen meist aus dem Research der großen Vermögensverwaltungen, Daten über die Entwicklung von Ungleichheiten bleiben oft auf nationalem oder regionalem Niveau. Der Bericht richtet sich nicht nur an Ökonom_innen, Regierungsvertreter_innen und Manager_innen, sondern explizit an die Zivilgesellschaft.

Den aktuellen Daten nach verteilen sich die Einkommen innerhalb der Weltregionen sehr unterschiedlich. Am größten ist die Spreizung in den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas, wo die einkommensstärksten 10 Prozent einen Anteil von 58 Prozent am Einkommen haben. In Lateinamerika sind es 55 Prozent, in Ostasien 43 Prozent.

Eine relativ neue Kategorie globaler Ungleichheit machen die Forscher_innen bei der Klimakrise aus. Der Ausstoß von CO₂ ist ähnlich verteilt wie die Einkommen. Im weltweiten Durchschnitt ist ein Mensch pro Jahr für die Emission von 6,6 Tonnen CO₂ verantwortlich. Die reichsten 10 Prozent weltweit sorgen mit ihrem Lebensstil dabei für fast 50 Prozent des CO₂-Gesamtausstoßes. Die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung hat insgesamt gerade mal einen Anteil von 12 Prozent. Allerdings gibt es auch innerhalb der Länder große Unterschiede. In Europa verantworten die 50 Prozent mit den geringsten Einkommen etwa 5 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr, in Ostasien sind es 3 Tonnen, in Lateinamerika 2 Tonnen. Die oberen 10 Prozent verursachen in Europa 29 Tonnen pro Kopf und Jahr, in Ostasien 39 und in Lateinamerika 19 Tonnen pro Kopf.

Der Report: <https://wir2022.wid.world/>

kunft im doppelten Sinn – geografisch und familiär – bestimmt unsere Stellung in der globalen Einkommenshierarchie. Die restlichen 20 Prozent entfallen auf ethnische Herkunft, Ausbildung, Glück und Ähnliches.

Institutionen globaler Ungleichheit

Soziale Ungleichheiten werden in erheblichem Ausmaß durch Institutionen mitstrukturiert, die neben lokalen und nationalen Komponenten auch durch globale Verflechtungen und Ursachenzusammenhänge gekennzeichnet sind. Auch Arbeitsmärkte sind keine national abgegrenzten Institutionen. Lohnhierarchien zwischen Ländern sorgen für hohe Profite bei transnational operierenden Konzernen. Auch das Konsumniveau in Zentrumsländern basiert wesentlich auf dem Zugriff auf günstige Arbeitskraft in anderen Teilen der Welt. »Globale Arbeit« zeigt sich in den Haushalten reicher Länder, wenn Pflege- und Hausarbeit auf migrierte Frauen übertragen wird. Einer zunehmenden Gleichheit zwischen gebildeten Frauen und Männern der Mittelklasse im Globalen Norden steht eine wachsende Ungleichheit zwischen Frauen generell gegenüber: Auf der einen Seite sind Frauen mit relativ gesicherten Erwerbseinkommen, auf der anderen Seite migrierende Pflegearbeiterinnen als Teil eines deklassierten, unterbezahlten und vielfach illegalisierten Niedriglohnssektors.

Zwar ist soziale Ungleichheit veränderbar. Es gibt allerdings Institutionen und Mechanismen, die Ungleichheit schaf-

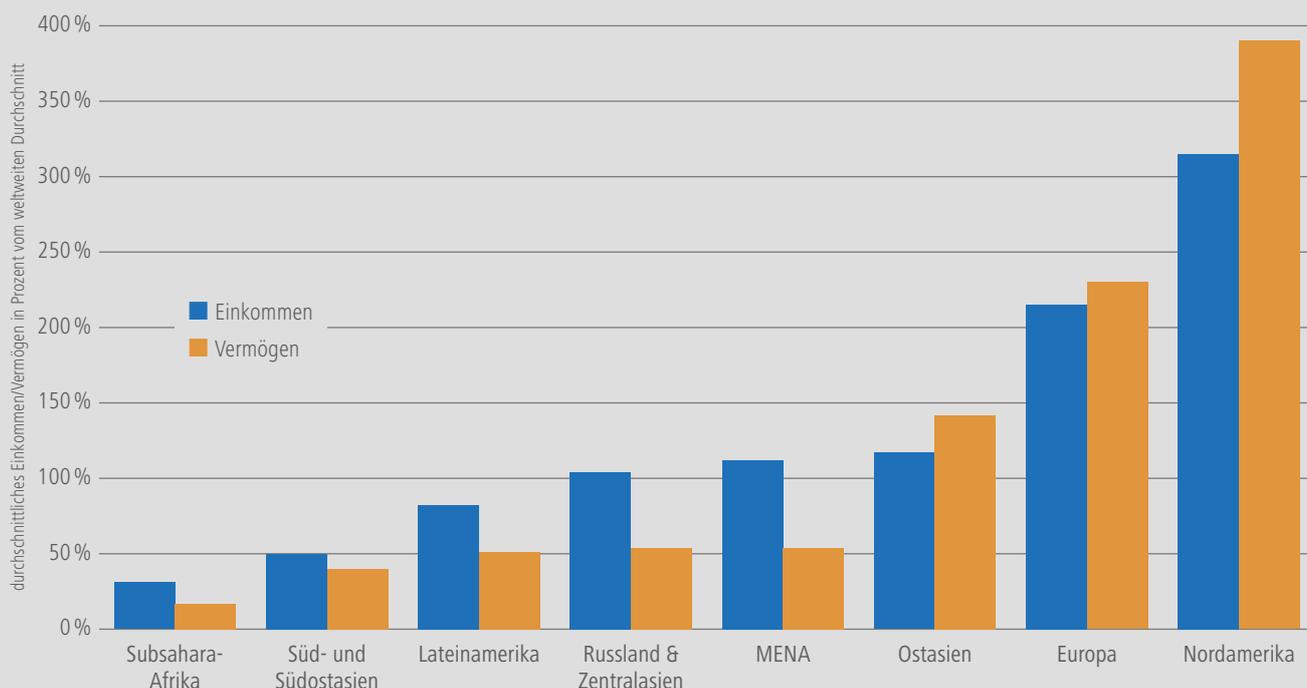
fen, verfestigen und über Generationen und geografische Räume hinweg reproduzieren. Dazu gehört das Patriarchat – trotz der enormen Fortschritte, die Feminist_innen in Nord und Süd erkämpft haben. Quer über Epochen und Kontinente werden Frauen bestimmte Eigenschaften zugeschrieben, zum Beispiel, dass sie »flinke Finger« haben, besser als Männer repetitive Arbeiten verrichten können und fügsamer sind. Zur Grundstruktur patriarchaler Ordnung gehören Gender-Pay-Gap und ein niedriger Status von Frauen in der Erwerbsarbeitswelt.

Auch die rassistierte Klassifizierung der Weltbevölkerung, die mit der imperialen Expansion europäischer Mächte in die Welt kam, transportiert Ungleichheit in unseren Alltag. Rassismus etabliert auch heute noch Hierarchien im Hinblick auf den Wert geleisteter Arbeit: Die Kosten für migrantische Arbeit sind möglichst gering zu halten, ebenso die sozialen und staatsbürgerlichen Rechte derer, die sie ausführen. So verbindet sich eine weltweite ungleiche Statusordnung mit diskriminierenden innerstaatlichen Mechanismen.

Hartnäckige Differenzierungsachsen wie jene zwischen Männern und Frauen, zwischen »Weiß« und »Schwarz« oder zwischen Nord und Süd verdeutlichen, dass es bei Ungleichheit immer um Macht geht. Oder besser: um ungleiche Machtverhältnisse. Man kann dabei das eine nicht ohne das andere verstehen, Macht nicht ohne Machtlosigkeit, Reichtum nicht ohne Armut, Nutzen nicht ohne Schaden.

Einkommensverteilung und Vermögensverteilung nach Regionen weltweit 2021:

Weniger Rücklagen für Krisensituationen im Globalen Süden



Quelle: World Inequality Report 2022

»Angesichts transnationaler Verflechtungen im Kontext der Globalisierung ist aber zu fragen, ob der eigene Nationalstaat der geeignete Ort der Wohlstandssicherung ist. Oder ob es nicht notwendig ist, die Praktiken derer, die von Finanzialisierung profitieren, effektiv zu regulieren, um ihre Erträge gerecht zu verteilen.«

Kampf gegen Ungleichheit

Für die Bekämpfung von Ungleichheit lässt sich daraus zumindest zweierlei folgern: Ungleichheit nimmt nicht nur dadurch ab, dass Armut gelindert wird und Ärmere besser geschützt werden. Sie wird auch gemindert, wenn Reichtumsanhäufung bekämpft wird und unverdiente Privilegien beschnitten werden. Verteilungskonflikte zwischen »Oben« und »Unten« werden innerhalb von Nationalstaaten analysiert und verhandelt. Soziale Kämpfe haben historisch den eigenen Nationalstaat adressiert und fraglos ist der Nationalstaat, vor allem im Globalen Norden, eine wesentliche Instanz für die Regulierung von (Un-) Gleichheit. Angesichts transnationaler Verflechtungen im Kontext der Globalisierung ist aber zu fragen, ob der eigene Nationalstaat der geeignete Ort der Wohlstandssicherung ist. Oder ob es nicht notwendig ist, die Praktiken derer, die von Finanzialisierung profitieren, effektiv zu regulieren, um ihre Erträge gerecht zu verteilen. —

Zum Weiterlesen: Globale Ungleichheit. Über Zusammenhänge von Kolonialismus, Arbeitsverhältnissen und Naturverbrauch. Von Karin Fischer und Margarete Grandner (Hrsg.). Überarbeitete Neuauflage 2022.

Indizes: Gini-Koeffizient und Palma-Ratio

Soziale Ungleichheit zu messen, ist gar nicht so einfach. Und noch schwieriger, das Ergebnis so auszudrücken, dass es leicht erfassbar und vergleichbar wird.

Ein gern genutzter Maßstab ist der sogenannte Gini-Koeffizient: Er zeigt, wie ungleich z. B. Einkommen oder Vermögen innerhalb einer Grundgesamtheit auf einzelne Personen (oder Gruppen) verteilt sind. Die Skala reicht üblicherweise von 0 bis 1 oder von 0 bis 100.

0 bedeutet dabei immer »absolute Gleichheit«, das andere Ende der Skala »absolute Ungleichheit«, also eine einzige Person besitzt oder bezieht alles. Allerdings zeigt der Gini-Koeffizient nicht, worin die Ungleichheit begründet ist – derselbe Gini-Koeffizient kann z.B. darin begründet sein, dass es viele Reiche oder viele Arme gibt. Und Erhebungen mit weniger Daten zeigen systematisch geringere Ungleichheitsniveaus. Man sollte ihn daher zumindest mit Informationen über Einkommensanteile bestimmter Gruppen ergänzen.

Eine Alternative ist die sogenannte Palma-Verhältniszahl. Dieser Indikator beschreibt das Verhältnis der reichsten 10 Prozent und der ärmsten 40 Prozent. Das bedeutet bei einer Palma-Ratio einer Bevölkerung am Bruttonationaleinkommen von zum Beispiel 4 erhalten die top 10 Prozent viermal mehr Einkommen als die untersten 40 Prozent.

<https://www.laenderdaten.de/indizes/gini-index.aspx>

Wie Finanzialisierung soziale Ungleichheit bedingt

Eine neue Logik für alle Bereiche der Gesellschaft

Der Prozess der Finanzialisierung ist die Kernursache der zunehmenden Ungleichheit in den letzten Jahrzehnten. Arbeitnehmer_innen sind davon besonders betroffen – in den Industrieländern, aber insbesondere auch im Globalen Süden. Vom Himmel gefallen ist diese Entwicklung nicht.



Kampf gegen Ungleichheit: Proteste der Landlosenbewegung in Brasilien (MST) — Foto: Ueslei Marcelino / Reuters / pa

Andreas Nölke ist Professor für Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt und Fellow am Leibniz Institut für Finanzmarktforschung SAFE. Sein Schwerpunkt in Forschung und Lehre liegt im Bereich der Internationalen und Vergleichenden Politischen Ökonomie.



Begonnen hat der Prozess bereits vor mehr als vier Jahrzehnten, aber die Öffentlichkeit nimmt ihn erst seit der globalen Finanzkrise von 2008 prominent wahr: die Finanzialisierung, also die zunehmende Bedeutung von finanziellen Motiven, finanziellen Institutionen und finanziellen Eliten in der Ökonomie (Epstein). Vier Aspekte sind dabei besonders relevant. Dazu gehören die Restrukturierung der Industrie unter Finanzaspekten, der Wandel des Finanzsektors selbst, die stärkere Durchdringung der Gesellschaft durch den Finanzsektor und ihre zunehmende Abhängigkeit vom Finanzsektor.

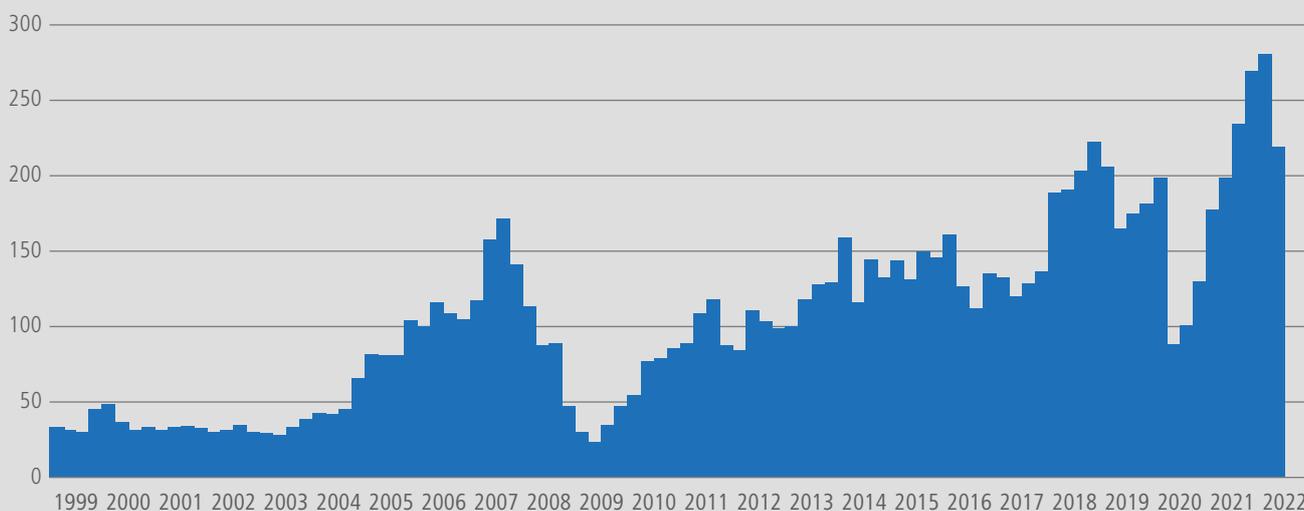
Restrukturierung der Industrie unter Finanzaspekten

Für Arbeitnehmer_innen besonders relevant ist der erste Aspekt. Unter dem Stichwort des »Shareholder-Value« erleben sie seit Jahrzehnten die Restrukturierung von Unternehmen mit dem Ziel, kurzfristig Profite zu erwirtschaften bzw. den Unternehmenswert zu steigern. Bei dem Prozess schöpfen die Aktionär_innen und das Management einen zunehmend größeren

Anteil der erwirtschafteten Profite ab – zuungunsten der Beschäftigten. In den letzten 40 Jahren wurde zu diesem Zweck eine ganze Reihe von Instrumenten entwickelt: Aktienoptionen und Bonuszahlungen binden die Entlohnung des Managements stärker an die Entwicklung der Aktienkurse der Unternehmen anstatt beispielsweise an die Ausweitung von Produktion und Beschäftigung. Bei Aktienrückkaufprogrammen verwenden Unternehmen ihre Gewinne oder nehmen sogar Kredite auf, um ihre eigenen Aktien zu kaufen und damit die Aktienkurse hochzutreiben. Diese Finanzmittel stehen dann nicht mehr für Investitionen in Produktionsprozesse zur Verfügung.

Auch wenn Unternehmen durch Zusammenschlüsse, den Verkauf oder die Schließung von weniger profitablen Geschäftszweigen restrukturiert werden, geschieht dies in der Regel, um die den Aktionär_innen zustehenden Profite zu erhöhen – zu meist auf Kosten der Entlohnung von Arbeitnehmer_innen. Und nicht zuletzt gehört auch in diesen Kontext, wenn sich Unternehmen darauf orientieren, mehr durch Finanzmarktaktivitäten

Aktienrückkäufe der größten 500 an der US-Börse notierten Unternehmen (in Milliarden Dollar, vierteljährlich): Unternehmen treiben mit ihren Finanzmitteln die Kurse hoch, statt in die Produktion zu investieren



Quelle: Standard & Poor's

(etwa durch hauseigene Finanzdienstleister) Profite zu erzielen als durch Produktionsprozesse. Dabei schaffen Letztere wesentlich mehr Beschäftigung.

Wandel des Finanzsektors

Finanzialisierung hat allerdings auch den Finanzsektor selbst verändert. Bei Banken beispielsweise ist neben die klassische Kreditvergabe zunehmend die Orientierung am Investmentbanking getreten. Viele Banken beschäftigen sich dann in erster Linie damit, Börsengänge zu begleiten und mit Finanzprodukten zu handeln, und vernachlässigen dabei oftmals ihre traditionelle Kernaufgabe, die Vergabe von Krediten zur Finanzierung von Unternehmen des Produktionssektors. Für die großen Unternehmen ist das zumeist kein Problem, aber kleine und mittlere Unternehmen verlieren so günstige Finanzierungsquellen für neue Investitionen.

Machtverschiebung durch Finanzialisierung

Finanzialisierung kann als eine besonders aggressive Form der ökonomischen Globalisierung verstanden werden. Im Vergleich zu Märkten für physische Güter sind sowohl das Volumen als auch die Geschwindigkeit grenzüberschreitender finanzieller Transaktionen wesentlich höher. Das führt zum einen zu einer höheren Fragilität und einer Vielzahl von Krisen im Finanzsystem. Zum anderen sorgt es aber auch für eine besonders mächtige Position für die Eigentümer von Finanzanlagen. Sie können gegenüber Arbeitnehmer_innenvertretungen viel leichter und glaubwürdiger mit einer Verlagerung ihrer Anlagen in andere Unternehmen oder gar Länder drohen als die klassischen Eigentümer von Fabriken.

Hinzu kommt, dass das Eigentum an Finanzanlagen zumeist in relativ wenigen Händen konzentriert ist. Nur ein kleiner Teil der Gesellschaft verfügt über nennenswerte Finanzanlagen. Diese Vermögenskonzentration hat im Kontext der aggressiven Geldpolitik der Zentralbanken nach der globalen Finanzkrise und der Coronakrise dazu geführt, dass die Vermögensungleichheit in den meisten Gesellschaften stark angestiegen ist. Während viele Arbeitnehmer_innen in diesen Krisen erheblich an Einkommen verloren haben, haben die Eigentümer_innen von Finanzanlagen erheblich davon profitiert, dass die Zentralbanken zur Stabilisierung der Ökonomien diese Anlagen angekauft und damit deren Kurse erhöht haben.

»Ein Unternehmen, das seinen Fokus darauf legt, die Aktienkurse hochzutreiben, kann nicht gleichzeitig auch besonders gute Löhne bezahlen.«

Durchdringung der Gesellschaft und Abhängigkeit vom Finanzsektor

Ein dritter Aspekt der Finanzialisierung liegt darin, dass die Finanzmarktlogik zunehmend breite Teile der Gesellschaft durchdringt. Ein typisches Beispiel besteht darin, dass Dienstleistungen im Bereich von Gesundheit, Pflege oder Kinderbetreuung immer stärker börsenfinanziert werden. Ganz abgesehen davon, dass es sehr gute Argumente gibt, diese Aspekte der Daseinsvorsorge von der öffentlichen Hand durchführen zu lassen, führt die Finanzierung über die Börse dazu, dass auch die Arbeit in diesem Bereich von Renditeüberlegungen regiert wird – mit problematischen Konsequenzen für Arbeitsbedingungen und Entlohnung.

Auch das Wohl und Wehe vieler Privathaushalte hängt schließlich im Prozess der Finanzialisierung zunehmend von Entwicklungen an den Finanzmärkten ab. So hängt deren Altersversorgung vielfach nicht mehr nur an der gesetzlichen Rente, sondern zunehmend auch an der Kursentwicklung und den entsprechenden Fluktuationen auf den Finanzmärkten.

Von ungleichen Einkommen bis zu ungleichen Rentenchancen

Spätestens seit den auch in der breiten Öffentlichkeit diskutierten Studien des französischen Wirtschaftswissenschaftlers Thomas Piketty ist bekannt, dass die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit in den westlichen Industrieländern seit den 1970er-Jahren deutlich zugenommen hat. Zwei der von Piketty hervorgehobenen Aspekte, die Ungleichheit erhöhen, hängen direkt am Prozess der Finanzialisierung. Dazu gehört zum einen, dass sich die Gehälter immer weiter auseinanderentwickeln, insbesondere zugunsten von Manager_innen großer Unternehmen, und zum anderen, dass die Wertsteigerungen bei Finanzanlagen über viele Jahrzehnte deutlich größer sind als die generellen Wachstumsraten.

Auch die generelle Perspektive auf die ökonomische Entwicklung, die sich aus Pikettys Analysen ergibt, zeigt, welche Bedeutung der Finanzialisierung für die Entwicklung von Ungleichheit zukommt. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert gab es eine sehr hohe Ungleichheit, in den »drei goldenen Jahrzehnten« nach dem Zweiten Weltkrieg nahm sie ab, in dieser Zeit war Finanzialisierung besonders gebremst. Während der letzten

vier Jahrzehnte geht zunehmende Finanzialisierung mit einer wachsenden Vermögensungleichheit einher.

Wie hängen Finanzialisierung und soziale Ungleichheit nun genau zusammen? Eine wichtige Rolle spielt die Einkommensungleichheit. Nicht nur die Profite im Finanzsektor sind in den letzten Jahrzehnten viel stärker gestiegen als in der Industrie, sondern auch die Gehälter. Insbesondere trifft das auf die extreme Entlohnung der Manager_innen von Hedgefonds und Private-Equity-Firmen zu. Ein zweiter Punkt sind die zunehmenden Finanzmarkterwägungen in den Unternehmen des Produktionssektors und die Einführung von Instrumenten wie Aktienoptionen und Aktienrückkaufprogrammen. Sie haben dazu geführt, dass Aktionär_innen und Management immer stärkere Anteile an den Profiten erhalten, während sie die Arbeitnehmer_innen häufig negativ betreffen: Ein Unternehmen, das seinen Fokus darauf legt, die Aktienkurse hochzutreiben, kann nicht gleichzeitig auch besonders gute Löhne bezahlen.

Zudem führt diese Orientierung dazu, dass Firmen oftmals darauf verzichten, in neue Produktionsanlagen – und damit in Arbeitsplätze – zu investieren, weil ihnen Finanzinvestments zumindest kurzfristig profitabler erscheinen. Außerdem haben

viele Arbeitnehmer_innen auch einen direkten Druck auf ihre Bezahlung und ihre Arbeitsbedingungen feststellen können – wenn beispielsweise Teile von Unternehmen ausgelagert werden, um sie Tarifverträgen zu entziehen und damit die an die Aktionär_innen ausgeschütteten Profite zu erhöhen.

Aus dieser Perspektive ist Finanzialisierung weitaus stärker für den zurückgehenden Anteil des Faktors Arbeit an National-einkommen verantwortlich als andere Formen von Globalisierung.

Ein dritter und häufig vernachlässigter Zusammenhang zwischen Finanzialisierung und sozialer Ungleichheit setzt bei den Privathaushalten an: Zunächst hat der Prozess den besonders wohlhabenden und gut informierten Haushalten ermöglicht, ihre Einkommen über Investitionen an den Kapitalmärkten deutlich stärker zu erhöhen als weniger gut gestellten Haushalten. Aber auch Letztere werden zunehmend gezwungen, auf den Kapitalmärkten zu investieren, weil ihre Alterssicherung immer weniger durch die gesetzliche Rente gedeckt wird und sie versuchen müssen, auf diesem Weg ein ausreichendes Alterseinkommen sicherzustellen. Gegenüber den besonders wohlhabenden Haushalten verfügen sie aber über

Für deutsche und europäische Renten: Landraub im Globalen Süden

Seit dem Systemwechsel bei den Renten – von Umlagefinanzierung zu einem immer größeren Anteil Kapitaldeckungsverfahren – sammeln die Pensionskassen und -fonds im Globalen Norden gigantische Mengen Beiträge ein. Weltweit sollen es inzwischen rund 41 Billionen US-Dollar sein, die wiederum gewinnbringend angelegt werden müssen. Seit der Finanzkrise von 2007 setzen die Kassen immer stärker auf Ackerland – und das vor allem im Globalen Süden.

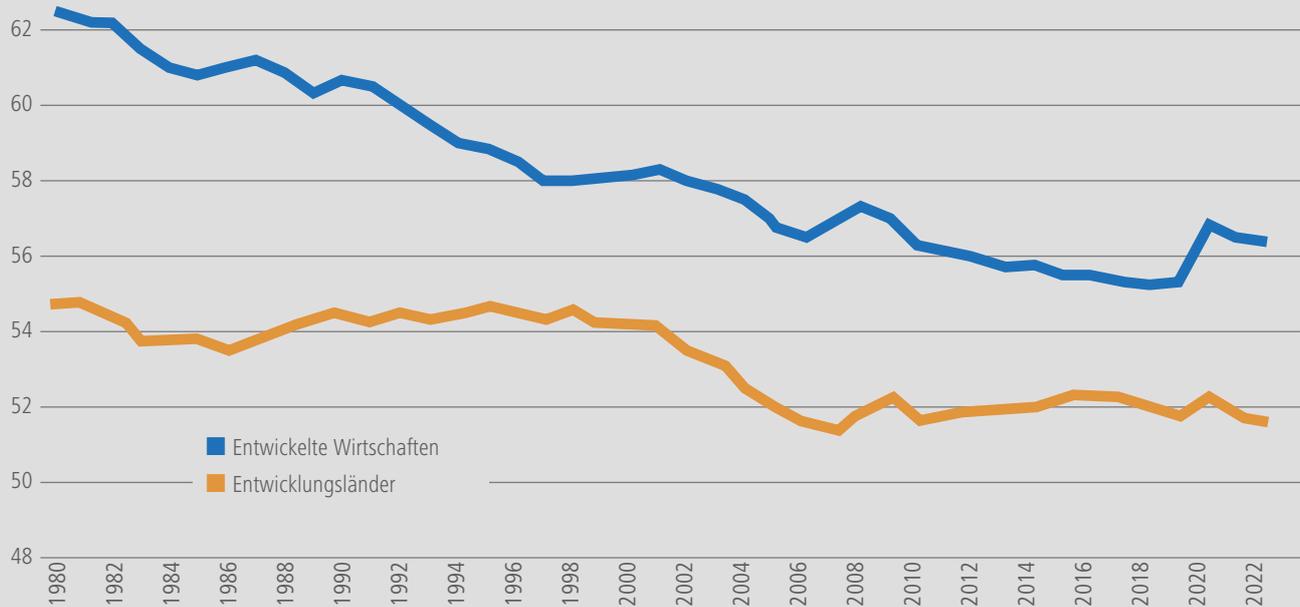
Etwa 2,5 Milliarden Menschen bewirtschaften die Hälfte der weltweiten Landfläche, meist in kleinbäuerlichen Strukturen. Sie leben seit Generationen davon, aber verbriefte Rechte können sie oft nicht vorweisen. Der mittellosen Landbevölkerung – und schwachen oder korrupten Regierungen, die sie nicht schützen können oder wollen – stehen finanzstarke und einflussreiche Konzerne und Investoren gegenüber. Gigantische Flächen Urwald, Wald und Acker werden verkauft, die Bewohner_innen oft vertrieben. Seit dem Jahr 2000 betrafen die registrierten Landgeschäfte deutlich über 200 Milliarden Hektar, das ist mehr als die landwirtschaftlich nutzbare Fläche in Europa. Nur ein Teil der früheren Landnutzer_innen findet – in der Regel schlecht bezahlte – Arbeit auf den neuen Plantagen, auf denen intensive, oft auf den Export ausgerichtete Landwirtschaft die traditionellen Methoden verdrängt. So wächst die Ungleichheit, während die Umwelt zerstört wird.

Einer der ganz großen neuen Landbesitzer ist eine US-amerikanische Pensionskasse, die Teachers Insurance and Annuity Association (TIAA), ihr gehören laut ihrem eigenen Farm-land Report 850.000 Hektar Land weltweit. NGOs wie das internationale Recherchenetzwerk Chain Reaction Research oder die Menschenrechtsorganisation FIAN werfen TIAA vor, beispielsweise in Brasilien mit Kriminellen zusammenzuarbeiten, die sich unrechtmäßig Land angeeignet haben und außerdem massiv brandroden. Neben anderen internationalen Investoren soll FIAN-Berichten zufolge auch die deutsche Ärztepensionskasse Westfalen (ÄVWL) in TIAA-Fonds investieren. Die ÄVWL hat über 60.000 Mitglieder und gehört damit und mit Kapitalanlagen von 12,2 Milliarden Euro (Stand Ende 2018) zu den größten berufsständischen Pensionskassen in Deutschland. Sie wirtschaftet übrigens hervorragend und wirft überdurchschnittliche Renditen ab. In Landgrabbing verwickelt zu sein, weist sie zurück.

ÄVWL und TIAA sind nur zwei Beispiele für Pensionsfonds, Staatsunternehmen oder private Konzerne und Investoren, die Geld in Boden anlegen. Einen schnellen Überblick über gesicherte Landkäufe, aber auch Unmengen an weiteren Informationen bietet die Datenbank <https://landmatrix.org/>.

Anteil der Arbeitseinkommen am Bruttoinlandsprodukt seit 1980 (in Prozent):

Arbeitseinkommen profitieren weltweit immer weniger von der Wirtschaftsleistung



Quelle: United Nations Global Policy Model Database

einen deutlich schlechteren Zugang zu Finanzinformationen und tätigen damit oft viel ungünstigere Anlageentscheidungen.

Für den Globalen Süden unberechenbare Geldflüsse

Alle diese Entwicklungen sind zunächst im Globalen Norden beobachtet worden. Sie finden aber genauso im Globalen Süden statt. Und hier kommen häufig zusätzlich noch makroökonomische Auswirkungen von Finanzialisierung hinzu, die Armut weiter verstärken. Auf der Suche nach neuen Anlagemöglichkeiten strömt Kapital aus dem Globalen Norden in den Süden. Während dabei dauerhafte Anlagen insbesondere in Form von ausländischen Direktinvestitionen in den Aufbau neuer Produktionsanlagen für die Ökonomien des Südens häufig sehr hilfreich sein können, handelt es sich bei den mit Finanzialisierung verbundenen Kapitalflüssen um spekulative Anlagen, denen dieses positive Element fehlt. Schlimmer noch, in einer ökonomischen Krise wird dieses Geld häufig schlagartig aus den Ökonomien des Südens abgezogen, was dann zum Absturz der Währung der entsprechenden Länder führt – und damit zu erheblicher Inflation und Kaufkraftverlusten für breite Bevölkerungsgruppen.

Hinzu kommt im Globalen Süden, dass der Prozess der Finanzialisierung – unter dem Stichwort der »Financial Inclusion« – es vielen Menschen ermöglicht, Kredite aufzunehmen, obwohl sie über eine sehr unsichere Einkommensperspektive verfügen. Für diese Kredite müssen sie nicht nur Banken (oft

aus dem Globalen Norden) sehr hohe Zinsen bezahlen, sondern verstricken sich oftmals auch in eine aussichtslose Verschuldung.

Folge politischer Entscheidung

Finanzialisierung ist kein Naturgesetz. Auch wenn sie mitunter auf die Weiterentwicklung von Informations- und Kommunikationstechnologien zurückgeführt wird, beruht sie doch in erster Linie auf politischen Entscheidungen. Insbesondere die zunehmende Liberalisierung grenzüberschreitender Kapitalflüsse und nationaler Finanzsektoren, die Regierungen seit den 1970er-Jahren vorgenommen haben, haben den Prozess der Finanzialisierung vorangetrieben.

Während in der internationalen Währungsordnung von Bretton-Woods grenzüberschreitende Kapitalflüsse bis in die 1970er-Jahre noch strikt kontrolliert wurden, ist das heute kaum noch möglich, weil ihr Volumen in den letzten Jahrzehnten extrem zugenommen hat. Gleiches gilt für die Regulierung der Finanzmärkte auf nationaler Ebene, auch wenn diese nach der globalen Finanzkrise wieder etwas intensiviert wurde.

Ein dritter Aspekt, der erheblich zur Finanzialisierung beigetragen hat, sind Prozesse der Privatisierung seit den 1980er-Jahren, die zunehmend größere Teile von Wirtschaft und Gesellschaft den Prioritäten der Finanzmärkte unterworfen haben. In südeuropäischen Ländern wie Griechenland wurden diese Prozesse durch die Eurokrise nochmals intensiviert.

»Finanzialisierung ist politisch geschaffen worden. Sie kann politisch auch wieder reduziert werden.«

Verminderung der negativen Folgen

Auch heute müsste eine Agenda zur Reduktion der von Finanzialisierung erzeugten sozialen Verwerfungen an den drei genannten Aspekten anknüpfen.

Ein zentrales Instrument wäre zunächst die Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen – ein Instrument, das große Schwellenländer wie Indien und China bis heute beibehalten haben, um ihre Ökonomien gegenüber den schlimmsten Fluktuationen zu schützen. Auch in Industrieländern wären solche Kapitalverkehrskontrollen oder alternativ die Einführung von Finanztransaktionssteuern möglich, um die extreme Volatilität

Mensch vor Marge: Dem Vorgehen aggressiver Finanzinvestoren gegenüber Unternehmen und Beschäftigten Grenzen setzen

»Der DGB Bundesvorstand wird gebeten, unter dem Dach des Gewerkschaftsbundes eine Plattform für haupt- und ehrenamtliche Gewerkschafter*innen aus Mitglieds-gewerkschaften, interessierten Betriebsrät*innen und Wissenschaftler*innen einzurichten, mit den folgenden Zielen:

1. Systematisiertes Zusammentragen und Aufbereiten von Informationen über Investoren und Investitionsfonds und ihr Agieren in Unternehmen und gegenüber den Mitbestimmungsorganen der Beschäftigten.

2. Daraus abgeleitet das Entwickeln von gewerkschaftlichen Forderungen an die politischen Institutionen der unterschiedlichen Ebenen – Deutschland, Europa, International – mit dem Ziel, negative steuer-, aktien-, handels- und/oder bilanzrechtliche Anreize etc. für ein kurzfristiges und sozial blindes Ausbluten von Unternehmen und Beschäftigung zu unterbinden und

3. Im Gegenzug Modelle zu entwickeln, wie unter staatlicher Mitwirkung und Aufsicht die Finanzierung der nötigen ökologischen und technologischen Transformationsprozesse von Industrie und Dienstleistungen forciert und sozial gerecht und mitbestimmungsorientiert ausgestaltet werden können.«

(Beschluss des Parlaments der Arbeit 2022)

der Finanzmärkte und ihre negativen Auswirkungen auf die Ungleichheit zu reduzieren.

Ein zweiter Ansatzpunkt zur Definanzialisierung liegt im Bereich der Finanzmärkte. Hier gehen heute die größten Risiken für Anleger_innen und Steuerzahler_innen nicht mehr von den Banken aus, sondern von den weiterhin weitgehend unregulierten »Schattenbanken« wie Hedgefonds und Private Equity. Auch diese Finanzinstitutionen müssten einer strikten Regulierung unterworfen werden, ähnlich wie das im Bankensektor seit der Finanzkrise zunehmend der Fall ist.

Ein dritter Ansatzpunkt schließlich müsste darin liegen, bestimmte Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft wieder der Kontrolle durch die Finanzmärkte zu entziehen. Vor allem in der Daseinsvorsorge, wie beispielsweise Altenpflege oder Gesundheitssektor, sollten gemeinnützige und öffentliche Träger gestärkt und börsennotierte Unternehmen zurückgedrängt werden.

Eine Reduktion der durch Finanzialisierung entstandenen Volatilität würde schließlich auch Ländern des Globalen Südens helfen. Hier könnten Institutionen wie der Internationale Währungsfonds mehr Regierungen als bisher zugestehen, Kapitalverkehrskontrollen einzuführen, um extrem spekulative Finanzflüsse und deren Auswirkungen auf die Verarmung breiter Bevölkerungsgruppen zu verhindern.

Finanzialisierung ist politisch geschaffen worden. Sie kann politisch auch wieder reduziert werden. —



Entwicklungspolitik, Pflege, Agrar



»Wenn der Staat seine (grüne)
physische und soziale Infrastruktur
aufgibt, dann verstärkt das die
infrastrukturelle Macht des
Finanzsektors.«

Daniela Gabor

Der Irrweg zum kleinen grünen Staat

Die Klimakrise bringt den Staat zurück. Doch statt eine sozial gerechte ökologische Transformation zu organisieren, soll er lediglich die Investitionsrisiken des privaten Kapitals auf sich nehmen. Dem Globalen Süden werden so Entwicklungschancen genommen.

In Deutschland und Europa sehen wir es gerade deutlich: Um den dringend notwendigen Ausstieg aus den fossilen Energien voranzubringen, setzen die Regierungen auf eine scheinbar geniale Lösung. Sie glauben, dass sie das Kapital dazu bringen können, sich selbst zu transformieren und die Energiewende voranzubringen – ohne dass der Staat neu erfunden werden muss. Dieser brauche gar nichts weiter zu tun, als ein günstiges Geschäftsumfeld für grüne privatwirtschaftliche Innovationen und Investitionen zu schaffen. Ein grüner Ordoliberalismus soll es also richten. Nach dieser Vision könnten Techno-Optimismus und ökologisches Eigeninteresse zu den Motoren einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft werden, die dann auch jenseits Europas neue Absatzmärkte erschließt, etwa in den afrikanischen Ländern.

Um es einmal gesagt zu haben: Alternativlos ist diese Lösung nicht. Möglich wäre auch ein politisch gestalteter Transformationsprozess, der neue Formen von öffentlichem Eigentum an grüner Infrastruktur oder Industrie und große öffentliche Investitionen umfasst. Dazu müssten Finanzbehörden und Zentralbanken besser koordiniert werden. Privates Kapital wäre nicht ausgeschlossen, müsste aber deutlich besser diszipliniert werden.

Stattdessen ist die Entscheidung längst zugunsten des Modells mit dem kleineren Staat gefallen. Das zeigt unter anderem die Versailler Erklärung der EU-Führungsspitzen vom März 2022. Sie verspricht ein neues europäisches Wachstums- und Investitionsmodell – doch der einzige Sektor, in dem die öffentlichen Ausgaben nennenswert erhöht werden, ist die Verteidigung. Ohne private Investitionen wird die Transformation also nicht vonstattengehen können – und die müssen und sollen mit Steuergeldern angeregt und abgesichert werden.

Dieser grüne Ordoliberalismus hat sich in ähnlicher Form längst auf der ganzen Welt verbreitet, ich nenne es den Wall

Street Consensus (WSC). Globale politische Kreise sind sich zunehmend einig, wie die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen erreicht und die Übergänge zu einer emissionsarmen Wirtschaft organisiert werden können. Das Narrativ lautet, der Staat sei auf private Investitionen angewiesen, weil er das nötige Geld selbst nicht aufbringen kann – aus ideologischen Gründen wie der Schwarzen Null oder aus pragmatischen Erwägungen wie dem Mangel an fiskalischem Spielraum oder Devisenreserven.

Dieser WSC hat den alten Washington Consensus (WC) abgelöst, der behauptete, dass fiskalische Sparmaßnahmen und Strukturanpassungen notwendig seien, um die schwere Hand des Staates abzuschütteln, die private Investitionen zurückhielt. Anstelle von Kapitalverkehrskontrollen empfahl er monetäre und fiskalische Sparmaßnahmen, um die Verwundbarkeit durch freie Kapitalströme zu managen. Das zwang Länder mit mittleren und niedrigen Einkommen dazu, die Zinssätze zu erhöhen, wenn institutionelle Anleger mit Kapitalflucht drohten. Inflation wurde als ein »immer und überall monetäres Phänomen« definiert, das eine Straffung der Geldpolitik erfordere, anstatt als einen politischen Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Die Folge war, dass Staaten nicht mehr in der Lage waren, selbst öffent-



Daniela Gabor ist Professorin für Wirtschaftswissenschaften und Makrofinanzwesen an der Universität von Westengland in Bristol. Sie forscht unter anderem zur Beteiligung transnationaler Banken an politischen Überlegungen zu Kapitalkontrollen und Krisenmanagement und der Rolle von Schattenbanken.

Projekte des Wall Street Consensus

Der Wall Street Consensus (WSC) hat mit seinen Codewörtern »Partnerschaft«, »De-Risking«, »günstiges Umfeld« und »Mobilisierung privater Investitionen« eine Reihe europäischer und globaler Initiativen geprägt: vom »Compact with Africa«, der 2017 unter der deutschen G20-Präsidentschaft ins Leben gerufen wurde, um private Investitionen in Afrika zu fördern, über das »Global Gateway« der Europäischen Kommission und »Maximising Finance for Development« der Weltbank bis hin zur »G20 Roadmap to Infrastructure as an Asset Class«. Seit Joe Biden Präsident der USA ist, kann der WSC neben der Weltbank und dem IWF auch die US-Regierung zu seinen Unterstützern zählen. John Kerry, der Sonderbeauftragte des Präsidenten für Klimafragen, erklärte auf der UN-Klimakonferenz 2021 in Glasgow, die Staaten müssten eine »Mischfinanzierung verfolgen, das Investitionsrisiko verringern und die Grundlagen für bankfähige Geschäfte schaffen. Das ist machbar für Wasser, für Strom und für Verkehr.«

liche Güter bereitzustellen und – was ebenso bedeutsam ist – den Strukturwandel zu organisieren. Zugleich waren und sind private Investoren aber auch nicht bereit, die Risiken auf sich zu nehmen, die mit solchen Infrastruktur- und erst recht mit sozial gerechten Transformationsprojekten verbunden sind.

Der sogenannte De-Risking-Staat

Gemäß dem WSC lassen sich die Herausforderungen von wirtschaftlicher Entwicklung und Klimaschutz erst stemmen, wenn der Staat ein günstiges Geschäftsumfeld schafft, das für privates Kapital wieder interessant wird. Das bedeutet, Schulen, Straßen, Krankenhäuser, Wasser- und Energieanlagen, Parks und Häuser zu finanzialisieren – zu Vermögenswerten zu machen, in denen institutionelle Investoren wie Pensionsfonds, Versicherungen, Hedgefonds, Private-Equity-Gesellschaften und andere Geld anlegen können. Und das alleine reicht noch nicht. Investitionen in große Transformationsprojekte – wie etwa den Strukturwandel in Bergbauregionen – sind besonders schwer zu mobilisieren. Hier setzen die Staaten auf sogenannte De-Risking-Maßnahmen: Sie verringern das Risiko für Investoren etwa durch steuerliche Anreize, regulatorische Eingriffe oder Garantien für Nachfrage und Einnahmen – bis hin zur Beschränkung von Tarifverträgen und Streikrechten oder Umsiedlungen. Diese Abmachungen und Eingriffe, die beispielsweise bei Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) festgelegt werden, sind mitunter schwer demokratisch zu kontrollieren. Für Regierungen sind ÖPP attraktiv, weil sie buchhalterisch als sogenannte Eventu-

alverbindlichkeiten gehandhabt werden und die Möglichkeit bieten, Beschränkungen der Staatshaushalte zu umgehen. Denn diese Eventualverbindlichkeiten gelten nur dann als öffentliche Ausgaben, wenn die Risiken tatsächlich eintreten – wenn also der Staat Investoren entschädigen muss, weil es etwa neue Klimavorgaben oder Mindestlohnerhöhungen gibt, die die Profite bedrohen.

Auch bei Just-Transition-Strategien im Globalen Süden, die eine sozial gerechte Klimawende anvisieren, hat sich der WSC durchgesetzt. Nehmen wir Südafrika, dessen Übergang zu einer emissionsarmen Wirtschaft aufgrund seiner starken Abhängigkeit vom Kohleabbau schwierig und mit erheblichen sozialen Kosten verbunden sein wird. Die vom südafrikanischen Präsidenten Cyril Ramaphosa eingesetzte Klimakommission ließ verlauten, dass das De-Risking privater Finanzströme und ein grundsätzlicher Wandel im finanziellen Ökosystem unabdingbar seien. In einem Land, das mit den Nachwehen des Kolonialismus, der Apartheid und wirtschaftlicher Stagnation zu kämpfen hat, könne man die sozial Schwachen nur so vor den Auswirkungen des ökologischen Umbaus beschützen.

Dass der De-Risking-Staat so zur vorherrschenden Strategie geworden ist, mit der westliche Demokratien auf die Klimakrise zu reagieren versuchen, birgt meiner Meinung nach drei Gefahren: Erstens überlässt grünes De-Risking das Tempo und den Charakter der Transformation dem privaten (institutionellen) Kapital und ermöglicht so systematisches Greenwashing, das die Dekarbonisierung verzögert. Indem es die Frage nach den Handlungsmöglichkeiten des Staates darauf reduziert, was die besten Praktiken zum De-Risking von Finanzanlagen sind, stärkt es zweitens einen neokolonialen Extraktivismus, der den Globalen Süden zum Erzeuger finanzieller Erträge und Abnehmer grüner Technologien degradiert, anstatt den Aufbau inländischer Produktionskapazitäten für die ökologische Transformation ins Zentrum zu stellen. Und drittens legitimiert es die (faktische) Privatisierung einer Reihe von öffentlichen Gütern und macht weitere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens reif für die Finanzialisierung.

WSC und Entwicklungszusammenarbeit

Die deutsche Entwicklungsbank Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) war in den 1990er-Jahren eine Pionierin des De-Risking in der Entwicklungsfinanzierung – mit der ausdrücklichen Absicht, die direkte Unterstützung für Regierungen in armen Ländern zu reduzieren. Sie überzeugte die deutsche Politik davon, dass lokale Finanzinstitutionen für politische Umschwünge vor Ort anfällig seien. Das De-Risking ermögliche hingegen neue Finanzinstrumente, mit denen man sie umgehen könne. Die KfW könne die Entwicklungsmaßnahmen so genauer kontrollieren. Um private Finanziers zu finden, die Billionen von Dollar in Entwicklungswerte stecken sollten, müssten aber auch die



Protestaktion von Extinction Rebellion bei der Weltklimakonferenz 2022 — Foto: Esa Alexander/Reuters/pa

lokalen institutionellen, regulatorischen und politischen Rahmenbedingungen entsprechend umgestaltet werden.

Das bevorzugte Instrument des De-Risking sind ÖPP, also langfristige Verträge, in denen sich der Privatsektor verpflichtet, öffentliche Dienstleistungen – Krankenhäuser, Autobahnen, Anlagen für erneuerbare Energien, Studentenwohnheime, Wasser- und Abwasserversorgung, Gefängnisse, Flughäfen und so weiter – zu finanzieren und zu verwalten, solange der Staat einen Teil der Risiken übernimmt. Der ÖPP-Vertrag regelt dabei die Risikoverteilung. Wie hoch der Anteil ist, den der Staat übernimmt, hängt sowohl von seinen rechtlichen Fähigkeiten ab, gute Bedingungen auszuhandeln, als auch von seiner politischen Bereitschaft, das Projekt zu unterstützen.

Die Alternative: der Entwicklungsstaat

Der neue Global Gateway Plan der EU soll 300 Milliarden Euro an Investitionen mobilisieren, um die Infrastrukturentwicklung insbesondere in Afrika zu fördern. Wie die Weltbank oder die G20 (siehe Infokasten, S. 25) sind auch für die EU Investitionen in Infrastruktur der Schlüssel, mit dem sich die Herausforderungen in den Bereichen Klima und nachhaltige Entwicklung bewältigen lassen – wobei mit Entwicklung vor allem neue Chan-

cen für die heimische Industrie gemeint sind. Der europäische Thinktank Bruegel formulierte es so: »Durch die Förderung europäischer Werte in der Welt kann Global Gateway somit auch Teil der Exportstrategie einer neuen EU-Industriepolitik werden.«

Die Interessen der EU-Staaten treffen sich mit den Forderungen institutioneller Investoren, mit öffentlichen Mitteln abgesichert zu werden. Mehr als die Hälfte der Infrastrukturprojekte in Schwellenländern sei nach Renditegesichtspunkten zu riskant und deshalb »nicht investierbar«. Dadurch, so die Investoren, würden dem Globalen Süden private Gelder für Anlagen für erneuerbare Energien, Stromnetze, Krankenhäuser, Schulen, Wohnungen oder Häfen vorenthalten.

Für die Länder des Globalen Südens bedeuten Vorhaben wie der Global Gateway nicht nur, dass sie dazu verdammt werden, Konsumenten statt Produzenten der Technologien für Erneuerbare zu sein. Auch die Entstehung eines eigenen grünen Entwicklungsstaats, der die Umwandlung seiner produktiven Sektoren in wettbewerbsfähige, nachhaltige Industrien strategisch koordinieren kann, wird blockiert.

Wie ein solcher Entwicklungsstaat heute aussehen könnte, hat der malawische Ökonom Thandika Mkandawire so be-

»Misserfolge sind ein unvermeidlicher Bestandteil von Industriepolitik.«

schrieben: Der Staat stellt für sein Entwicklungsvorhaben einen gesellschaftlichen Konsens her, in dessen Zentrum die industrielle Aufwertung steht. Er bildet einen Entwicklungsblock, der die heimische Industrie umschließt. Diese ist einerseits in der Lage, die erforderlichen Ressourcen zu mobilisieren, um die technologische Abhängigkeit vom Globalen Norden zu überwinden, andererseits muss sie der Versuchung widerstehen, den Staat als Vehikel zur Abschöpfung von Profiten zu betrachten. Dafür muss der Staat über institutionelle, politische und makroökonomische Kapazitäten verfügen, um einen langfristigen wirtschaftlichen Wandel zu gestalten, »ungetrübt von den Ansprüchen kurzfristiger Privatinteressen«. Das Risiko der lokalen industriellen Aufwertung verringert er, indem er Kredite für strategische Industrien über staatliche Banken subventioniert, über das öffentliche Beschaffungswesen die Nachfrage garantiert und mittels Subventionen und wettbewerbsfähiger Wechselkurse die Exporte fördert.

Wie unter anderem die Ökonomin Alice Amsden für Ostasien gezeigt hat, beschränkte sich ein erfolgreicher Entwicklungsstaat in der Vergangenheit nicht darauf, zu subventionieren, sondern disziplinierte außerdem das Privatkapital in strategischen Sektoren. Die Abhängigkeit von Deviseneinnahmen, die für technologische Importe notwendig sind, erforderte eine sorgfältige Steuerung des Misserfolgs. Misserfolge sind ein unvermeidlicher Bestandteil von Industriepolitik. Denn ein effektiver Strukturwandel erfordert sowohl eine komplexe strategische Koordinierung über viele Sektoren hinweg als auch eine Feinsteuerung des bedingten De-Risking für strategische Industrien.

Tatsächlich waren es aber solche Misserfolge, in die der WC hineingrätchte. Er deutete sie zu »fatalen Konstruktionsfehlern« des ganzen Modells Entwicklungsstaat um. In den 1980er- und 1990er-Jahren wurde so die Möglichkeit struktureller Entwicklung unterbunden und die technokratische Macht von den Ausgabenministerien (welche die öffentlichen Investitionen organisierten) auf die Haushaltsministerien (deren Aufgabe es ist, Haushaltsdefizite zu senken) verlagert. Zugleich wurde die developmentalistische Theorie demontiert. Die Abhängigkeit von Kapitalströmen sollten die Staaten nicht mehr über Kapitalverkehrskontrollen managen, sondern mithilfe von Sparmaßnahmen. Die lokale Industrie, die Entwicklungsblöcke bilden konnte, wurde durch ausländische Unternehmen und Banken ersetzt. Die so erfolgte Demontage erklärt, wieso es dem Modell des De-Risking-Staats später so leichtfiel, die Hegemonie zu übernehmen.

An der Ausgestaltung hat insbesondere die Weltbank gewirkt. Sie bietet Ländern an, sie bei der Einrichtung von ÖPP-Abteilungen finanziell zu unterstützen. Der IWF empfiehlt zwar neue Instrumente zur Überwachung der fiskalischen Risiken, die durch ÖPP entstehen, abgesehen von wenigen bemerkenswerten Ausnahmen – wie Uruguay – gibt es in den Ländern aber keine rechtlichen Beschränkungen für ÖPP.

Postkoloniale ÖPP-Praxis

Vor Kurzem habe ich gemeinsam mit dem Ökonomen N'Dongo Samba Sylla verschiedene Fälle dokumentiert, in denen die Entwicklung nach dem De-Risking-Konzept stattfand. Die Folge war, dass europäische Unternehmen und Vermögensverwalter die Profite postkolonial abschöpften. Die jeweiligen Länder dagegen mussten sich stärker im Ausland verschulden und kürzten öffentliche Ausgaben.

In Kenia untersuchten wir die Mautautobahn Nairobi-Nakuru-Mau, eines unter vielen ÖPP in den Bereichen Wasser, Energie und Verkehr. Sie wird von einem Konsortium unter der Leitung des französischen Bauunternehmens Vinci und des französischen Vermögensverwalters Meridiam gebaut, finanziert und dreißig Jahre lang verwaltet. Die kenianische Regierung garantiert die Verfügbarkeit von Verkehr durch einen Mautfonds, der das Konsortium entschädigt, falls kenianische Bürger_innen und Unternehmen nicht genügend Einnahmen erzeugen. Der Mautfonds ist ein fiskalisches De-Risking-Instrument für französische Investitionen in die kenianische Infrastruktur.

In Ghana verpflichtet die Sankofa-Offshore-Gas-ÖPP die Ghana National Petroleum Corporation, 90 Prozent einer vorher festgelegten Gasmenge abzunehmen. Im Rahmen dieses Projekts stellte die Weltbankgruppe 1,2 Milliarden US-Dollar für das De-Risking bereit: eine Risikogarantie in Höhe von 500 Millionen für den Fall, dass Ghana seine Zahlungen einstellt, ein Darlehen in Höhe von 300 Millionen an den privaten Partner VITOL und einen Garantiefonds in Höhe von 217 Millionen zum Schutz der beteiligten Geschäftsbanken HSBC und Société Générale vor politischen Risiken. Letztlich gibt also Ghana jährlich 500 Millionen US-Dollar für Stromerzeugungskapazitäten aus, die es aufgrund von Engpässen in der Energieinfrastruktur überhaupt nicht nutzt. Zum Vergleich: Das Gesundheitsbudget des Landes für 2019 betrug rund 900 Millionen US-Dollar. De-Risking ohne jede Form strategischer Kontrolle über zentrale In-

frastruktur hat also neokoloniale ökonomische Renten zur Folge.

Womöglich könnten diese Länder bessere Konditionen für das De-Risking aushandeln. In vielen Entwicklungsländern wird jedoch zunehmend deutlich, dass dieses Entwicklungsparadigma nicht darauf ausgerichtet ist, unabhängige Produktionskapazitäten für eine grüne industrielle Modernisierung zu schaffen.

Ugandas dritter Weg: Über De-Risking zum Entwicklungsstaat

Uganda geht dagegen einen eigenen Weg. Die Regierung will sich aus den Fängen des Washington Consensus befreien und mit gezieltem Einsatz von De-Risking-Instrumenten in Richtung Entwicklungsstaat bewegen. Ihr 2020 veröffentlichter dritter nationaler Entwicklungsplan für 2021–25 stellt zunächst einmal klar, dass sich die beiden vorangegangenen Pläne als fehlgeleitet erwiesen haben, weil sie davon ausgingen, dass der Privatsektor das Wachstum ankurbeln würde. Der neue Plan empfiehlt nun eine stärkere Beteiligung des Staates »bei der

Leitung und Erleichterung der Entwicklung [...], um den Quasi-Markt und ÖPP-Entwicklungsansätze voll auszuschöpfen« mit dem Ziel einer »ressourcengetriebenen Industrialisierung durch Wertschöpfung in der Landwirtschaft (Agro-Industrialisierung), bei Mineralien, Erdöl und in der verarbeitenden Industrie«. Strategische Unternehmen sollen also verstaatlicht und Privatunternehmen in strategischen Sektoren unterstützt werden.

Ein konkretes Beispiel dafür ist das Staatsunternehmen Kiira Motors, das die erste Elektrobusfabrik Afrikas gründete. Das Projekt basiert auf dem Entwurf des Center for Research in Transportation Technologies der Makerere-Universität und auf einer Partnerschaft mit dem chinesischen Unternehmen CHTC Motor, einer Tochtergesellschaft des Staatsbetriebs Sino-mach Automobile, der das Kiira-Personal ausgebildet hat. Der Plan sieht vor, dass in Zukunft 90 Prozent der E-Bus-Bauteile in Uganda hergestellt werden. Damit will Kiira Motors sich als glaubwürdiger Konkurrent chinesischer Elektrofahrzeughersteller positionieren – zunächst auf dem ugandischen und dann auf dem gesamten afrikanischen Markt.



Paul Musasizi, Geschäftsführer von Kiira Motors, mit Vertreter_innen von UNEP – dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen

— Foto: UNEP (CC BY-NC-SA 2.0)

Dies ist der Ansatz eines »Großen Grünen Staates«, der die Ökologisierung des öffentlichen Verkehrs vorantreibt, ohne dabei auf ein komplexes De-Risking-Konstrukt aus Finanzierungstechniken, ÖPPs und vermögensbasierten Partnerschaften mit globalen Finanziers angewiesen zu sein. Die ugandische Regierung beschloss, eigene staatliche Unternehmen zu subventionieren und nicht europäische Erzeuger von Erneuerbaren oder US-Finanziers. Die Weltbank hat allerdings kein Interesse daran gezeigt, den Lernprozess einer solchen selbstständigen grünen Entwicklung zu unterstützen oder gar zu dokumentieren.

Der Erfolg des Projekts hängt nun davon ab, ob der ugandische Staat in der Lage sein wird, Kiira Motors dazu zu bringen, die strategischen Ziele zur Produktionssteigerung zu erreichen, und das Unternehmen gleichzeitig vor dem Druck ausländischer Konkurrenten auf dem heimischen Markt zu schützen. Dieser Druck allerdings wird allem Anschein nach zunehmen, obwohl Uganda mit dem Versuch, über den WSC zurück zur nationalen Industriepolitik zu kommen, nicht alleine steht: Wie Politikökonom Pritish Behuria von der University of Manchester, der die ugandische Entwicklung eng verfolgt, erklärt, gehen auch viele andere afrikanische Länder derzeit diesen Weg.

Die WSC-Institutionen werden darauf drängen, afrikanische Länder unter dem Deckmantel der Beschleunigung der Klimawende zu Abnehmern erneuerbarer Technologien zu machen. Denn für das private Kapital steht mehr auf dem Spiel als nur die Rendite. Wenn der Staat seine (grüne) physische und soziale Infrastruktur aufgibt, dann verstärkt das die infrastrukturelle Macht des Finanzsektors. Das ordoliberaler trojanische Pferd der sogenannten Mobilisierung privater Investitionen zugunsten grüner Infrastruktur ermöglicht es dem Privatkapital, seine infrastrukturelle Macht auszubauen, um das De-Risking als Akkumulationsregime zu festigen und dem demokratischen Druck zu widerstehen, der sich der Finanzialisierung des gesellschaftlichen Lebens entgegenstellt. —

Der Artikel ist eine gekürzte und redaktionell überarbeitete Fassung von »Der kleine grüne Staat«, veröffentlicht im Jacobin, April 2022, herausgegeben von Brumaire, Berlin.

Gute Arbeit und gute Pflege gibt es nur mit demokratischen Finanzen

Private Kapitalbeteiligungsgesellschaften drängen immer mehr in den Pflege- und Betreuungssektor, besonders wenn öffentliche Gelder im Spiel sind. Das birgt nicht nur Risiken für die Qualität der Arbeit, es verschlechtert oft auch die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten, schreibt Marina Durano. Was lässt sich tun?

Man kann die Zahl so oder so lesen: 300 Millionen Arbeitsplätze in der Pflege werden bis 2035 gebraucht, um die Lücken im System zu schließen und sicherzustellen, dass der Bedarf an Dienstleistungen gedeckt werden kann. Das ist die Schlüsselzahl in dem Report »Care at work«, den die Internationale Arbeitsorganisation ILO im Frühjahr 2022 veröffentlicht hat. 300 Millionen Menschen könnten so beschäftigt werden, drei Viertel davon könnten Frauen sein. Die zentralen Fragen sind: Wer beschäftigt sie und unter welchen Bedingungen?

Denn um 300 Millionen Arbeitsplätze zu schaffen, müssten jährlich etwa 3,2 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung investiert werden. Öffentliche Gelder sind angekündigt, ohne Frage wird aber auch privates Kapital fließen. Nicht allein wegen der vielerorts klammen öffentlichen Haushalte, sondern auch weil sich ein mächtiges Narrativ durchgesetzt hat. Es behauptet erfolgreich, dass die einzige Möglichkeit, öffentliche Dienstleistungen weiterhin zu erbringen, der Markt sei. Und dass private Unternehmen in der Lage seien, die geforderten Leistungen besser und zu einem günstigeren Preis zu erbringen.

Tatsächlich hat bisher kein Staat genug Geld bereitgestellt, um den Bedarf an Pflegedienstleistungen zu decken. Das hat zu der gegenwärtigen stark segmentierten Struktur der Pflegewirtschaft geführt, die aus unbezahlten häuslichen, öffentlich bereitgestellten Pflegediensten und teilweise subventionierten Pflegediensten privater Akteure – insbesondere einer wachsenden Anzahl gewinnorientierter Unternehmen – besteht. Häufig ist das öffentliche Angebot gar nicht vorhanden oder reicht nicht, dann wird die Pflege aus eigener Tasche bezahlt oder vollständig von Angehörigen, meist Frauen, getragen.

Blended Finance

In den 1990ern wurde die Steuerung der öffentlichen Daseinsfürsorge in vielen Ländern des Globalen Nordens verändert und es wurden Unternehmen Möglichkeiten eröffnet, in die Sektoren Gesundheit und Pflege einzusteigen (Harrington et al., 2017). Entwicklungsländer folgten etwa ein Jahrzehnt später, hauptsächlich im Gesundheitssektor, da Pflegeheime und ähnliche Bereiche der Langzeitpflege noch in den Kinderschuhen stecken. Anreize schafften etwa liberalere Regeln in Bezug auf ausländischen Besitz in Indien, China und einigen Ländern Südostasiens oder eine zunehmende Öffnung der Beschaffungsmärkte für ausländische Unternehmen wie in der Türkei. Und nicht zuletzt gehen Regierungen so weit, die Arbeitsmärkte zu flexibilisieren. Im Pflegeheimsektor in der kanadischen Provinz British Columbia etwa wurden auf diese Weise sektorale Tarifverhandlungen und Schutzmechanismen für Vertragsnehmer_innen faktisch abgeschafft. Multilaterale Finanzinstitutionen und Regierungen trieben Öffentlich-Private Partnerschaften voran, um einerseits private Investitionen in den Gesundheitssektor zu ermöglichen und andererseits bei öffentlichen Haushalten zu sparen.



Dr. Marina Durano ist feministische Ökonomin sowie Beraterin im Bereich Pflegeökonomie und Finanzierungspartnerschaften. Sie ist beratend für globale Gewerkschaftsverbände tätig und Mitglied im Vorstand des Global Policy Forum.



Krankenhaus in Sierra Leone — Foto: Ute Grabowsky/photothek/pa

An der Idee, privates Kapital müsse eine Finanzierungslücke schließen, wird bis heute festgehalten. Um dieses anzuziehen, wurde die sogenannte Blended Finance entwickelt – eine Kombination aus öffentlicher und privater Finanzierung. Öffentliche Akteure investieren also finanzielle und nichtfinanzielle Ressourcen, um private Investitionen anzuziehen, die es sonst nicht gegeben hätte, weil ihnen das Risiko zu groß oder die Rendite zu klein wäre.

Tatsächlich gelang es in den vergangenen Jahren, auf diese Weise viel Geld privater Investoren einzuwerben, mit dessen Hilfe die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) im Gesundheitsbereich leichter erreicht werden sollten. In den USA stiegen die privaten Investitionen in dem Sektor von 2010 bis 2019 von 41,5 Milliarden US-Dollar auf 119,9 Milliarden US-Dollar. Die neuen Geldanlagen konzentrieren sich dabei vorrangig auf die häusliche und ambulante Pflege.

Zielmärkte im Globalen Süden

Etwa 20 Prozent der globalen Infrastrukturprojekte im Gesundheitsbereich sind in Entwicklungsländern angesiedelt. Blended Finance soll die Entwicklung voranbringen, im Pflegebereich Arbeitsbedingungen verbessern, zu qualitativ hochwertigerer Pflege und zur Gleichstellung der Geschlechter führen.

Multilaterale Entwicklungsbanken wie die zur Weltbankgruppe gehörende International Finance Corporation (IFC) oder die British International Investment, die frühere CDC Group, spielen eine wichtige Rolle dabei, privates Kapital aus den Industrieländern in die Entwicklungsländer zu leiten. Dabei sind Schwellenländer aufgrund ihrer Größe und Wachstumschancen tendenziell die bevorzugten Märkte für privates Kapital. In Ländern mit niedrigem bis mittlerem Einkommen sind die Finanzierungslücken zwar viel größer, aber sie gelten auch als Märkte mit höherem Risiko. Dass Blended Finance diese Risikoprobleme ausreichend gelöst hat, um Investitionen dort anzuzie-

Vergleich öffentlicher Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit und Blended Finance:

Öffentliche Gelder erreichen ärmste Länder am besten



Ungesunde Ergebnisse

Das Gewinnstreben von Kapitalanleger_innen steht nicht nur im Widerspruch zu den Interessen der im Sektor Beschäftigten, sondern auch von Kranken und Pflegebedürftigen. Fallstudien bestätigen, dass die Sorge um die Qualität der Pflege und die ethischen Standards in entsprechenden Einrichtungen gerechtfertigt ist. Kapitalanleger_innen streben zwangsläufig nach Gewinnen. Vergleiche zwischen gewinnorientierten und gemeinnützigen Einrichtungen haben ergeben, dass erstere einen höheren Personalschlüssel aufweisen und/oder höher qualifizierte Pflegekräfte dort eher durch geringer qualifizierte ersetzt werden, um Personalkosten einzusparen. Eine Studie aus den USA, die Daten aus Pflegeheimen sowie Patient_innendaten aus dem Zeitraum 2000 bis 2017 ausgewertet hat, kam zu dem Schluss, dass die Unterbringung in gewinnorientierten Einrichtungen auch die Sterblichkeit der Patient_innen erhöhte: Die Zahl der vom staatlichen Gesundheitssystem erfassten Patient_innen, die nach 90 Tagen verstorben waren, stieg schon bei kurzzeitiger Unterbringung in einer Einrichtung im Besitz von Private-Equity-Firmen um etwa 10 Prozent (Gupta et al. 2022). Die gleiche Studie ergab, dass Patient_innen in solchen Einrichtungen mit höherer Wahrscheinlichkeit Antipsychotika verabreicht bekamen, in ihrer Mobilität eingeschränkt wurden und über stärkere Schmerzen berichteten.

hen, wo sie benötigt werden, kann bezweifelt werden. Eine erste Analyse zeigt, dass Investitionen von multilateralen Entwicklungsbanken und Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen in Höhe von 1 US-Dollar 0,75 US-Dollar an privaten Finanzmitteln generieren, von denen 0,37 US-Dollar an Länder mit niedrigem Einkommen gehen (Attridge and Engen 2019).

Viele offene Fragen bei ÖPP

Beim Aufbau, der Finanzierung, dem Betrieb und dem Management von Gesundheitsdienstleistungen sind Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) oft das Modell der Wahl. In Lesotho und Peru werden schon jetzt komplexe Projekte dieser Art betrieben, bei denen Infrastruktur mit klinischen und nichtklinischen Dienstleistungen verzahnt ist. In zahlreichen weiteren Ländern des Globalen Nordens und Südens werden ÖPP im Gesundheitswesen betrieben oder geplant.

Aus Fallstudien zu Private-Equity-Projekten in verschiedenen Segmenten des Gesundheitsmarktes weiß man, dass bei der Beteiligung von privatem Beteiligungskapital zwar die Betriebskosten gesenkt wurden, dies aber in der Regel mit einem Personalabbau oder einer geringeren Qualifikation des Gesundheitspersonals erkauft wurde. Bisherig nicht ausreichend erforscht ist, ob private Partner dieses Verhalten beibehalten oder fortsetzen, wenn sie Teil von ÖPP-Vereinbarungen sind.

Lesothos Flaggschiff-ÖPP endet im Streit

Eine der bekanntesten und am meisten untersuchten ÖPP im Gesundheitswesen ist die zwischen der Regierung von Lesotho und dem südafrikanischen Konzern NetCare beim Queen Makhato Memorial Hospital (QMMH) in Lesothos Hauptstadt Maseru.

Die Entwicklungsorganisation Oxfam und die Expert_innen des Verbraucherschutzverbands in Lesotho kritisierten das QMMH bereits 2014. Das Projekt beanspruche mehr als die Hälfte des Gesundheitsbudgets der Regierung. Während es dem Partner aus dem Privatsektor eine Rendite von 24 Prozent einbringe, schränke es die Möglichkeiten der Primärversorgung und der Gesundheitsversorgung in ländlichen Gebieten ein. Die beteiligte Weltbanktochter IFC bestritt das und gab an, dass die ÖPP-Zahlungen nicht 50, sondern nur 35 Prozent des Gesundheitsbudgets von Lesotho bänden. Ein weiterer Konflikt hatte sich schon 2013 angebahnt, als die Regierung die Gehälter der Beschäftigten des öffentlichen Gesundheitswesens anhub, was zu einem Lohngefälle gegenüber den Beschäftigten des privaten Sektors und auch der Beschäftigten von QMMH führte. Der private Partner teilte den QMMH-Mitarbeiter_innen daraufhin mit, dass er den Forderungen nach Gehaltserhöhungen nur zustimmen würde, wenn die Regierung ihre Zahlungen im Rahmen der ÖPP erhöhe. Diese wiederum sah sich nicht in der Pflicht – ein großes Problem von ÖPP sind ihre umfangreichen und oft wenig transparenten Vertragsgestaltungen. Die

zu 51 Prozent gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten drohten daraufhin mit Streik. 2021 entließ das QMMH 345 streikende Krankenpfleger_innen und Pflegehelfer_innen, was von den südafrikanischen Gewerkschaften verurteilt wurde. Aktuell streiten sich die Regierung von Lesotho und NetCare über Zahlungen und die Erbringung von Dienstleistungen. Drei wichtige Fragen – Inflationsindex, Versicherung gegen Kunstfehler und Gehälter der Mitarbeitenden – wurden vor ein Schiedsgericht gebracht und müssen noch geklärt werden. Inzwischen ist Lesotho mit seinen Zahlungen an den privaten Partner im Rückstand.

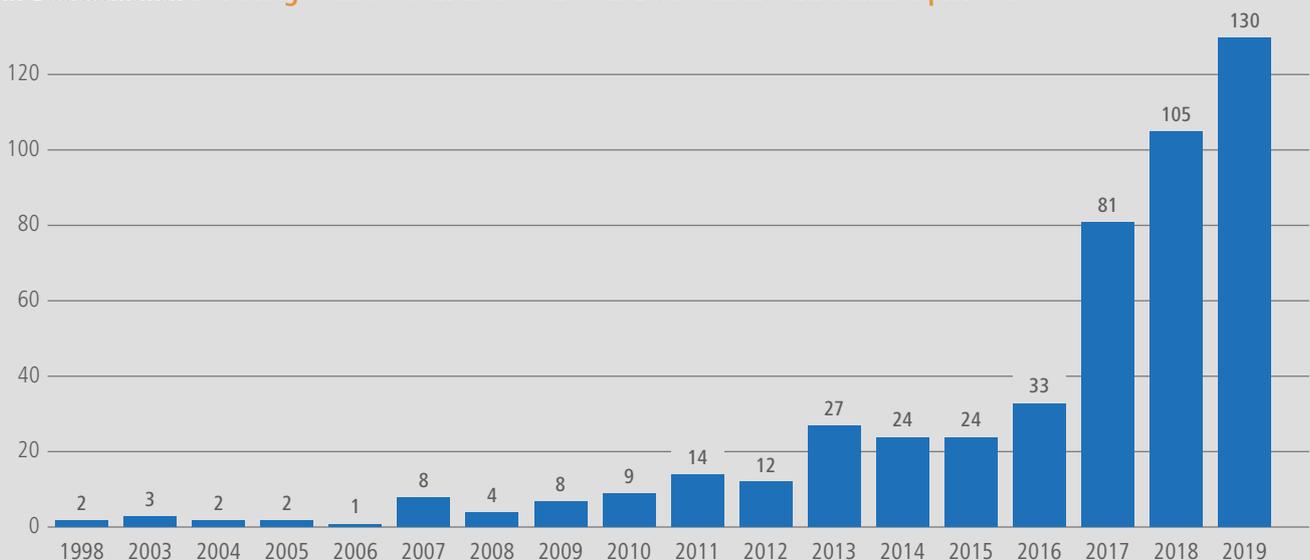
Die Rolle der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften spielen bislang keine besondere Rolle beim Eingehen und noch viel weniger bei der Gestaltung von ÖPP. Sie kommen, wenn überhaupt, nur auf der politischen Ebene ins Spiel: Bei einigen bislang in der Forschung untersuchten Projekten wird erwähnt, dass nationale Gewerkschaften vor dem Zustandekommen Zweifel anmeldeten und vor Fehlanreizen warnten.

Das wirkte sich jedoch offensichtlich nicht auf die Verhandlungsprozesse aus.

Der mangelnde Einbezug ist umso erstaunlicher, als die Gewerkschaften über umfangreiche Erfahrungen mit Verhandlungen, Tarifverhandlungen und nicht zuletzt globalen Rahmen-

Anzahl der Übernahmen durch Private-Equity-Gesellschaften im Pflege- und Gesundheitssektor in Deutschland: Der Pflege- und Gesundheitssektor in Deutschland wird immer privater



Quelle: Redler, Lucy 2021: Unsere Gesundheit, Ihr Profit? Fallstudien zu Union-Busting Privater Gesundheits- und Pflegekonzerne und Gewerkschaftliche Gegenwehr. Rosa-Luxemburg-Stiftung. https://www.rosalux.de/fileadmin/images/Dossiers/pflege_gesundheit/Studien_2-21_Unsere_Gesundheit_2teAuf_Web.pdf
Vermerk zur Grafik aus Redler 2021: In der Abbildung werden die Käufe von Krankenhäusern, Arzt- und Zahnarztpraxen (inklusive humanmedizinischer Labore und Medizinische Versorgungszentren), Physiotherapiepraxen, Rehabilitationskliniken, Pflegeheimen und -diensten abgebildet (Stand der Recherche durch Rainer Bobsin: Mai 2020). Diese Käufe sind nicht zu verwechseln mit dem Kauf einzelner Einrichtungen, diese Zahl wäre bedeutend höher, da ein Kauf meist mehrere Einrichtungen beinhaltet.

vereinbarungen mit multinationalen Unternehmen verfügen. Und auch von ihrer Erfahrung bei der Sicherung von Arbeitnehmerrechten in Lieferketten könnte die Gestaltung von ÖPP profitieren, für deren operative Leistung zahlreiche Beschaffungs- und Lieferverträge sowie Unteraufträge unerlässlich sind.

Angesichts der finanziellen Beträge, um die es geht (einschließlich der Schuldenlast), und der hochgesteckten Ziele, die mit ÖPP verbunden sind, müssen die Gewerkschaften nicht nur in die Vertragsverhandlungen einbezogen werden, um Arbeitnehmerrechte zu sichern, sondern auch, weil die von ihnen vertretenen Arbeitnehmer_innen steuerzahlende Bürger_innen sind, die letztlich für die Schuldentilgungen verantwortlich sind.

Politische Forderungen

Bevor ÖPP überhaupt in Betracht gezogen werden, stellt sich die größere und grundlegendere Frage der Entwicklungsfinanzierung. Die Länder des Globalen Südens müssen in die Lage versetzt werden, öffentliche Güter und Dienstleistungen in vollem Umfang in staatlicher Verantwortung aufzubauen, zu betreiben und zu verwalten. Dazu brauchen sie Mittel. Ein wichtiger Schritt dorthin ist ein gerechteres globales Steuersystem, das eine progressive Besteuerung mit den Empfehlungen der Unabhängigen Kommission für die Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung verbindet (engl. ICRICT). Nachdem Steuerstrukturen die Vermögenskonzentration bei der Elite verringert haben, wird durch ergänzende Kartellmaßnahmen die Macht der Unternehmen, insbesondere in stark konzentrierten Branchen, weiter eingeschränkt.

Zusätzlich braucht es Regulierungsmaßnahmen und Regulierungsbehörden für Verbrauchersicherheit, Gesundheitsstandards, Umweltstandards sowie Arbeitsnormen und sie müssen enger mit den Finanzregulierungsbehörden zusammenarbeiten, um Investoren zu schulen und ihnen beizubringen, wie sie ihre sozialen Auswirkungen effektiver erreichen können.

Auch die Demokratisierung des Finanzwesens bietet einige interessante Optionen: Die zentralen Währungsbehörden müssen der Bevölkerung gegenüber rechenschaftspflichtig sein, schließlich sind sie öffentliche Einrichtungen. Ihre Rolle bei der Kreditvergabe muss dem öffentlichen Zweck dienen, insbesondere wenn sie allen Finanzinstituten den Zugang zu Krediten ermöglichen und damit die Macht haben, den sozialen Zugang zu Geld und Finanzen wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Die Finanzaufsicht sollte darauf abzielen, spekulative Aktivitäten durch Finanztransaktionssteuern, Kapitalertragssteuern oder die Besteuerung von Finanzanlagen einzudämmen. Pensionsfonds, Sozialversicherungsfonds und Staatsfonds können ebenfalls eine progressivere Rolle spielen, indem sie den Markt durch strategische Investitionsentscheidungen beeinflussen, die eher

soziale Werte als oberflächliche soziale Wirkungsindikatoren fördern.

Für den Gesundheits- und Pflegebereich im Besonderen muss geklärt werden, ob und wie sich demokratische oder gar egalitäre Finanzinstitutionen konzipieren lassen, die nicht den Gewinn, sondern die Gesundheitsergebnisse zum Maßstab nehmen. Es gibt Ideen, wie etwa die Nutzung gemeinnütziger Kreditgenossenschaften oder öffentlicher Investitionsbanken, staatliche Investitionen nach progressiven Maßstäben, inklusive Eigentumsstrukturen im Rahmen von arbeitnehmer_innengeführten Unternehmen, kartellrechtliche Auflagen oder sogar die Verstaatlichung des Bankenwesens. Eine echte Pflegeökonomie kann es nur mit demokratischen Finanzen geben. —

Textabschnitte basieren auf einem ausführlichen Policy Paper des Global Policy Forum und einem Beitrag im Themenportal der Friedrich-Ebert-Stiftung. Mehr unter Literaturhinweisen auf S. 54.

Modell Multi-Akteurs-Partnerschaft: Übernahme durch die Konzerne

Pandemie, Ressourcenkonflikte, Klimakrise, Hunger, Armut, soziale Ungleichheit, Angriffe auf die Demokratie: Die – größtenteils menschengemachten – Herausforderungen, vor denen die Welt steht, sind komplex und vielschichtig, einfache und schnelle Lösungen nicht in Sicht. Regierungen und multilaterale Organisationen setzen deshalb verstärkt auf sogenannte Multi-Akteurs-Partnerschaften (MAPs). Nach Definition der Vereinten Nationen sind darunter zunächst ganz abstrakt »freiwillige Zusammenschlüsse von öffentlichen und privaten Akteuren (zu verstehen), die sich darauf verständigt haben, ein gemeinsames Ziel zu verfolgen und die Verantwortlichkeiten, Ressourcen, Nutzen und Risiken teilen«.

MAPs können beispielsweise internationale Regeln und Standards aushandeln und formulieren, wie es etwa Regierungen, Arbeitgeber und Gewerkschaften im Rahmen der tripartistischen Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) machen. Sie können technisch zusammenarbeiten und gemeinsam Dienstleistungen bereitstellen. Sie können den öffentlichen und politischen Diskurs beeinflussen. Sie können öffentliche und private Ressourcen mobilisieren, wie es etwa in Öffentlich-Privaten Partnerschaften passiert. Oder sie bilden Mischformen all dieser Funktionen.

Als Durchbruch für diese Form der Zusammenarbeit gilt der Earth Summit von Rio im Jahr 1992, auf dem die Regierungen die Agenda 21 verabschiedeten – ein Aktionsprogramm zur Bekämpfung der globalen Herausforderungen, in dessen Rahmen die Rolle wichtiger gesellschaftlicher Gruppen gestärkt werden sollte. Konkret genannt werden Frauen, Kinder und Jugendliche, indigene Völker, Nichtregierungsorganisationen, lokale Behörden, Arbeitnehmer_innen und Gewerkschaften, Unternehmen und Industrie, wissenschaftliche und technologische Gemeinschaften und Landwirt_innen.

Beim Einbezug dieser Gruppen spielten vor allem zwei unterschiedliche Interessen eine Rolle: Den zivilgesellschaftlichen Akteuren ging es darum, die multilateralen Räume zu demokratisieren und den betroffenen Gruppen und Gemeinschaften sowie Nichtregierungsorganisationen einschließlich der Gewerkschaften Gehör und Teilhabe zu verschaffen. Der private Unternehmenssektor einschließlich der Finanzinstitute wollte dagegen seine geschäftlichen Interessen und die seiner Anteilseigner_innen durchsetzen und einen bevorzugten Zugang zu multilateralen Gremien wie dem UN-System erreichen.

Inzwischen gibt es weltweit tausende MAPs und die Frage ist, ob es tatsächlich gelungen ist, Modelle zu entwickeln, in denen die Interessen aller Beteiligten ausgeglichen werden können: »Können die marktorientierten Ziele der Pharmaindustrie, der Internetkonzerne, der multinationalen Agrarkonzerne und Investmentfonds mit den Entwicklungszielen gewählter Regierungen zur Beseitigung von Hunger und Armut sowie zur Schaffung guter Gesundheits- und Bildungssysteme zur Deckung gebracht werden?«, fragt etwa die People's Working Group on Multistakeholderism, der neben Menschenrechts- und entwicklungspolitischen Gruppen auch die Internationale für öffentliche Dienste (engl. PSI) angehört.

Und sie hat auch Antworten erarbeitet. Für ihr Buch »The Great Takeover« (<https://publicservices.international/resources/news/the-great-takeover?id=12624&lang=en>) hat die Arbeitsgruppe etliche MAPs untersucht und kartiert. Dabei hat sie herausgefunden, dass die gebräuchlichsten Konzepte von MAPs stark von privatwirtschaftlichen Initiativen wie dem Weltwirtschaftsforum oder privaten Stiftungen wie der Bill und Melinda Gates Foundation bestimmt wurden. Transnationale Unternehmen und »Mega-Philantropen« hätten »es geschafft, falsche, marktbasierende Lösungen für globale Probleme zu präsentieren«. Das Mainstreaming neoliberaler Positionen auch innerhalb der Gremien der Vereinten Nationen und anderer globaler Institutionen habe dabei nicht unwesentlich geholfen. Letztlich führe die Entwicklung aber genau dazu, diese Institutionen wie auch nationale Steuerungsorgane und staatliche Regulierungsbehörden zu unterminieren und zu marginalisieren.

Für wirksame MAP-Prozesse formulieren die Autor_innen des Buchs klare Bedingungen: So müsse klar sein, dass das zu lösende Problem klar und begrenzt sei und nicht von einem einzelnen Akteur bewältigt werden könne. Ebenso klar definiert und zahlenmäßig begrenzt müssten die Stakeholder sein – wobei jeder die Macht haben müsse, ein Ergebnis, das seinen Interessen zuwiderläuft, infrage zu stellen. Unabdingbar sei zudem, dass sich alle Beteiligten auf Lernprozesse einließen, alle relevanten Informationen zur Verfügung stellten, sich zu Transparenz und Fairness verpflichteten und der Öffentlichkeit Rechenschaft über Abstimmungsverhalten und Ergebnis ablegten.

Ist Hunger die nächste Pandemie?

Die Finanzialisierung unterstützt den Siegeszug der industriellen Landwirtschaft auf Kosten der kleinbäuerlichen Strukturen. Das ist weder gut für die Ernährungssicherheit noch fürs Klima. Und erst recht nicht für die Entwicklung des Globalen Südens.

Für große Teile der Weltbevölkerung ist der starke Anstieg der Lebensmittelpreise inzwischen lebensbedrohend. »Ukraine-Krieg führt zu weltweiter Hungerkatastrophe«, »800 Millionen Menschen weltweit in Not.« So lauten die Schlagzeilen. Betroffen sind insbesondere Menschen mit geringen Einkommen und Länder, die auf Lebensmittelimporte angewiesen sind.

Im Namen der Hungerbekämpfung packen Lobbyverbände des Agrobusiness die Gelegenheit beim Schopfe und haben 2022 eine Kampagne initiiert, deren Ziel es ist, bereits geplante soziale und ökologische Reformen in Europa aufzuschieben oder ganz anders zu gestalten. Ähnlich gibt es Versuche, gentechnisch veränderte Lebensmittel ohne Kennzeichnung in die Läden zu bringen. Auch einige Medien sind auf den Zug aufgesprungen. Die »Bild« etwa macht bei dieser Gelegenheit auch gleich die ökologischen Komponenten von Cem Özdemir Agrarpolitik für die Lebensmittelkrise mitverantwortlich.

Mehr Hungernde, mehr Agro-Milliardäre

Den Krieg gegen die Ukraine für den Hunger verantwortlich zu machen, greift jedoch zu kurz. Es lässt die fehlende Resilienz und Ungleichheit des hochglobalisierten Nahrungsmittelsystems außer Acht.

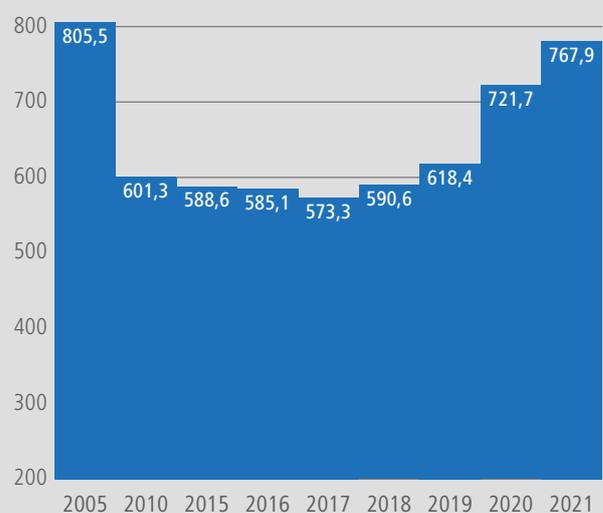
Denn die Zahl der Hungernden nimmt bereits seit 2017 wieder zu. Steil bergauf ging sie mit dem Beginn der COVID-19-Pandemie. Meldungen der UN-Organisation für Landwirtschaft und Ernährung (FAO) von Mitte 2022 zeigen: Von 2019 bis 2021 stieg die Zahl der Hungernden von 618 Millionen auf 828 Millionen, das heißt, aktuell hungert jeder zehnte Mensch.

Doch nicht alle verlieren in der Hungerkrise: Im gleichen Zeitraum stieg das Vermögen des Agrobusiness – und zwar um 382 Milliarden US-Dollar, das ist ein Plus von 45 Prozent innerhalb von zwei Jahren. Laut der Entwicklungsorganisation Oxfam



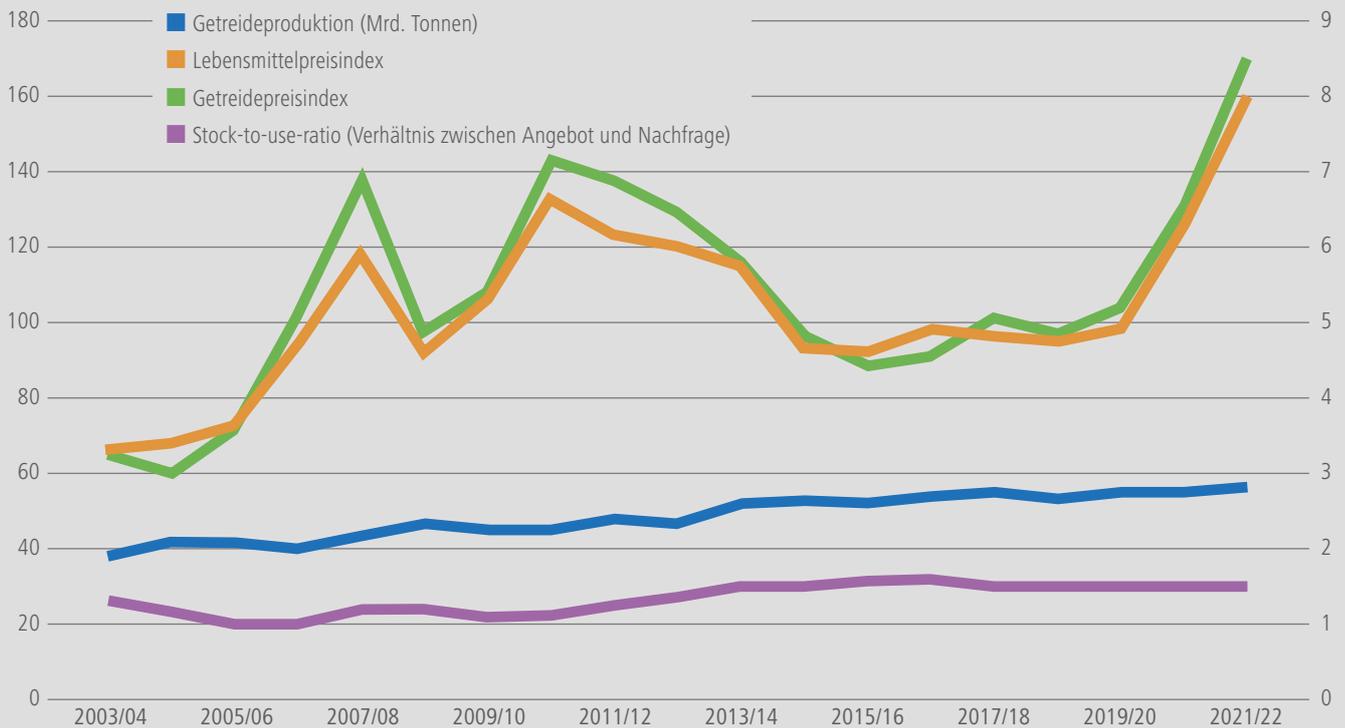
Sonja Gündüz ist Regionalwissenschaftlerin für Lateinamerika. Sie arbeitet als Koordinatorin, Dozentin und in der Durchführung von Studien zu Ernährungssouveränität, Agrarökologie sowie Arbeitsrechten in der Landwirtschaft, zu fairem Handel und solidarischer Wirtschaft in Deutschland und Lateinamerika.

Anzahl der Menschen, die weltweit unter Hunger leiden 2005–2021 (in Millionen):
Die Hungerkrise ist wieder da



Quelle: FAO: The State of Food Security and Nutrition in the World 2022

Preissteigerungen, Angebot und Nachfrage im Lebensmittelsektor: Preissteigerungen sind nicht durch Angebot und Nachfrage zu erklären



Quelle: »Betting on Hunger«: Market Speculation Is Contributing to Global Food Insecurity in: The Wire. <https://thewire.in/economy/speculation-is-contributing-to-global-food-insecurity-significantly> auf Basis von Daten der FAO.

hat der Nahrungsmittelsektor seit Beginn der COVID-Pandemie 62 neue Milliarden hervorgebracht.

Preistreiber Spekulation

Parallel zur Zahl der Hungernden sind auch die Weltmarktpreise für Lebensmittel gestiegen. Allein von 2020 auf 2021 um 34 Prozent. Für 2022 ist bisher eine Verteuerung um weitere 23 Prozent vorhergesagt. Nach der Invasion Russlands in die Ukraine haben die Preise neue Höchststände erreicht. Zwischen 2021 und 2022 kletterte etwa der Weizenpreis um 45 Prozent.

Knappheit kann den Anstieg der Preise nicht allein erklären. Bis 2021 hat die weltweite Produktion von Getreide stetig zugenommen. Für 2022 sagt die FAO lediglich einen Rückgang um 0,8 Prozent bei Weizen und 0,6 Prozent für andere Getreide voraus.

Zwar gibt es Ernteauffälle der Lebensmittelproduktion durch den Klimawandel, beispielsweise in Ostafrika führen aktuell Extremdürren zu regionalen Notsituationen. Ein weiterer Treiber ist die Abhängigkeit der Landwirtschaft von chemischen Düngemitteln, deren Preise stark angestiegen sind und so zu erhöhten Produktionskosten führen. Während jedoch die hohen Gaspreise für die hohen Düngemittelpreise verantwort-

lich gemacht werden, freuen sich die größten Düngemittelfirmen 2021 und 2022 über einen Gewinn von 84 Milliarden, so ein Bericht von Grain und dem Institute for Agriculture and Trade Policy.

Zudem heizen Spekulationen die Lebensmittelpreise an und sind für Preisschwankungen verantwortlich. Eine Recherche von Lighthouse »Hunger profiteers« zeigt: Während im Mai 2018 beim Weizen noch 23 Prozent der Termingeschäfte auf dem Pariser Börsenmarkt auf Finanzakteure zurückzuführen waren, haben die Pandemie und der Ukraine-Krieg die Spekulanten angelockt: Im April 2022 gingen bereits 70 Prozent der Termingeschäfte von ihnen aus. Vom 23. Februar 2022, dem Tag vor der Invasion der Ukraine, bis zum 7. März erhöhten Investmentfonds ihre Nettoaufkäufe um 43 Prozent. Im selben Zeitraum schoss der Weizenpreis von 287 Euro auf 396,50 Euro pro Tonne in die Höhe.

Diese Situation ist nicht neu: Bereits 2008 wurde über den Einfluss von Spekulanten auf die Preise von Lebensmitteln diskutiert. Anschließende Gesetzesänderungen dies- und jenseits des Atlantiks, die Spekulationen beschränken sollten, wurden durch Lobbyismus verwässert und unzureichend umgesetzt.



Es sind die kleinbäuerlichen, oft von Frauen geführten Betriebe, welche den Großteil der Menschen ernähren: Marktstand in Hanoi, Vietnam

— Foto: UN Women Asia and the Pacific (CC BY-NC-ND 2.0)

Landgrabbing schafft Abhängigkeiten

Hinzu kommt das sogenannte Landgrabbing (siehe auch Infokasten S.19): Auf der Suche nach sicheren Geldanlagen entdeckte das Finanzkapital die Landwirtschaft. Weil die wachsende Weltbevölkerung, Klimakrise und Degradierung natürlicher Ressourcen plus steigender Fleisch- und Energiekonsum eine zukünftige Verknappung von Agrarland und Wasser absehbar machen, erscheint der Kauf von Land und Wasser als lohnende Anlage. Zumal das Land bereits kurzfristig profitabel genutzt werden kann, um Tierfutter und Biodiesel zu produzieren. Der Mehrwert dieser agroindustriellen Monokulturen mit hohem Einsatz von Pestiziden und chemischen Düngemitteln ist für die lokale Wirtschaft gering: Zum einen werden im Vergleich zur kleinbäuerlichen Landwirtschaft deutlich weniger Beschäftigte benötigt. Zum anderen sorgt der Charakter der Investitionen dafür, dass kaum Lebensmittel für den lokalen Markt angebaut werden und Gewinne abfließen.

Im Globalen Süden gehörte das Land oftmals Gemeinden, indigenen Bevölkerungsgruppen und Kleinbäuer_innen. Nichtregierungsorganisationen (NRO) berichten seit Jahren über Verreibungen und den Widerstand gegen diese Projekte. Die seit der Kolonialisierung etablierte Ungleichheit beim Zugang zu fruchtbarem Land in weiten Teilen der Welt wird kontinuierlich verschärft. Aktuell sind etwa 90 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe im Globalen Süden eher »klein« und familiär –

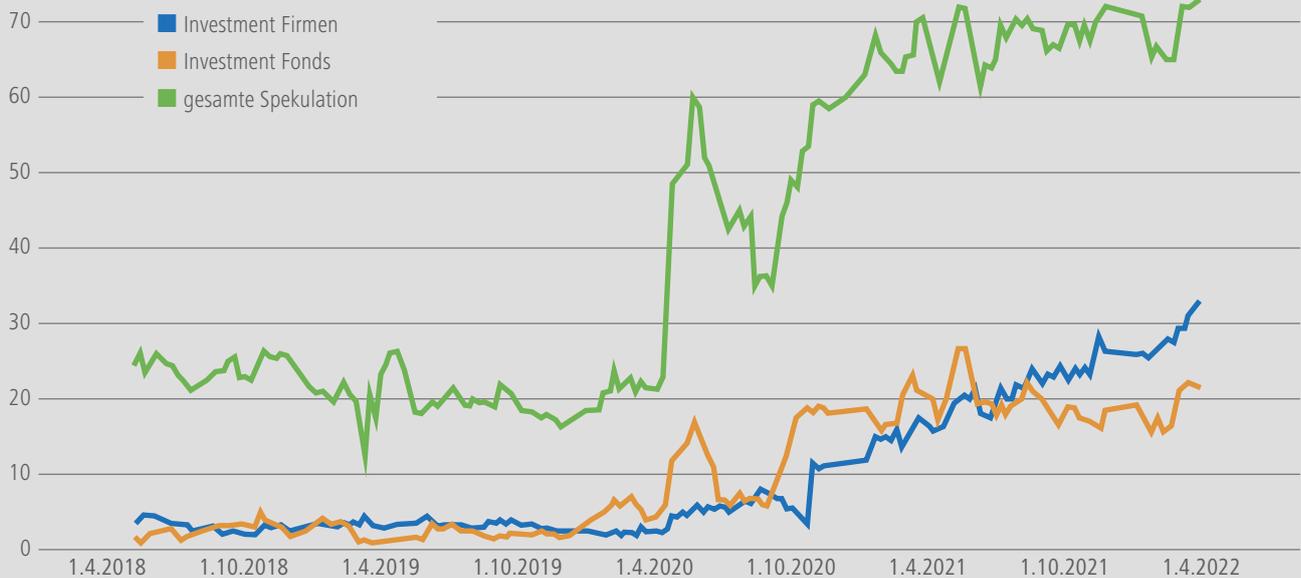
doch ihnen gehören nur 25 Prozent des Ackerlandes, oftmals ohne Zugang zu Wasser. Dabei sind es eben diese häufig von Frauen geführten Betriebe, die Familien ernähren. Die FAO schätzt, dass sie im Durchschnitt 80 Prozent aller Nahrungsmittel im Globalen Süden produzieren. Daneben schaffen sie Beschäftigung und versorgen lokale Märkte mit frischen, lokal angepassten Nahrungsmitteln und verringern so die Abhängigkeit von importierten Gütern.

Klimawandel und schrumpfende Ressourcen

Statt kleinbäuerlicher Strukturen und der Förderung von agrarökologischen Anbaumethoden für ein zukunftsfähiges Ernährungssystem gewinnt das Agrobusiness an Bedeutung, das größtenteils weit entfernt ist von der dringend notwendigen ökologischen Transformation. Während die Lebensmittelproduktion beispielsweise wegen dürre- oder auch flutenbedingter Ernteauffälle Hauptleidtragende des Klimawandels ist, gehört sie zugleich zu den größten Treibern: Nimmt man alle Aspekte von der Produktion und Ausbringung von Pestiziden und chemischem Dünger über die Entwaldung, Bodenerosion, industrielle Tierhaltung und die anschließende Verarbeitung, Verpackung, Kühlung und den Transport der Produkte zusammen, hat sie einen Anteil von 30 Prozent an den weltweiten Emissionen von Treibhausgasen.

Daneben schreitet die Degradierung von Land und Wasser rasant voran. Die FAO warnt in ihrem Bericht von 2021 ein-

Spekulationen am Beispiel des Weizenmarktes der Pariser Börse (in Prozent der gesamten Termingeschäfte): Wachsendes Interesse der Spekulant_innen



Quelle: »Betting on Hunger«: Market Speculation Is Contributing to Global Food Insecurity in: The Wire. <https://thewire.in/economy/speculation-is-contributing-to-global-food-insecurity-significantly> auf Basis von Daten von Euronext.
* Die Gesamtheit der gesamten spekulativen Positionen umfassen Investment Firmen, Investment Fonds, Finanzinstitutionen und kommerzielle non-hedger.

dringlich vor den Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit. Als Ursachen identifizieren die Expert_innen »die Steigerung des Einsatzes von Pestiziden und chemischen Düngemitteln, die Mechanisierung und die allgemeinen Auswirkungen der Intensivierung von Monokulturen und Weideland«.

Marge geht vor Menschen

Wie stark die Finanzialisierung an Einfluss gewonnen hat und Geschäftsentscheidungen an eher kurzfristigen Gewinninteressen der Investor_innen ausgerichtet werden, ist auch in Lebensmittel- und Agrarkonzernen spürbar. Und das wirkt sich auf den Umgang mit Beschäftigten und langfristigen Investitionen aus. Der Vorsitzende des Konzernbetriebsrats Unilever Deutschland sagte auf dem DGB-Bundeskongress im Mai 2022: »Aggressive Investoren und Private-Equity-Gesellschaften haben mit dem Lebensmittelsektor ein neues Spielfeld entdeckt. (...) Welche Auswirkungen das für die betroffenen Unternehmen hat, erleben wir als Betriebsräte hautnah: (...) Re- und Umstrukturierungen, die Veräußerung von Unternehmensteilen und Schließungen, unabhängig von Produktivität und Rentabilität, der Verkauf von selbstgenutzten Immobilien und deren Rückpachtung, rückläufige Investitionen, institutionalisierte Kurzfristigkeit und vor allem eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Eingriffe in den Tarif und eine sinkende Beschäftigungssicherheit. Kurz gesagt: Marge geht vor Menschen.« Nestlé etwa konnte seine

Gewinne inmitten einer weltweiten Hungerkrise um rund 20 Prozent steigern.

Oxfam führt auf, wie in der COVID-Pandemie einerseits Beschäftigte der Agrar- und Lebensmittelindustrie auf Kurzarbeit gesetzt und Rettungspakete in Anspruch genommen und andererseits weiterhin enorme Prämien an Aktionär_innen ausgeschüttet werden. So kassierten beispielsweise BASF und Bayer in Großbritannien Staatshilfen, schütteten aber Dividenden in Milliardenhöhe an ihre Aktionär_innen aus.

Weltmarkt- oder Gemeinwohlorientierung

Klar ist: Das hochglobalisierte Nahrungsmittelsystem ist nicht nachhaltig, weder ökologisch noch sozial, insbesondere für Menschen mit geringen ökonomischen Reserven. Obwohl dringend Investitionen im ländlichen Raum benötigt werden, ist die Frage offen, ob und wie transnationales, hochvolatiles Finanzkapital über nationalstaatliche Regelungen so kontrolliert werden kann, dass es zu lokaler Entwicklung beiträgt. Die zunehmende Ausrichtung des Lebensmittelsystems auf Finanzinteressen steht der dringend notwendigen sozialen und ökologischen Transformation entgegen. Fachleute sind sich einig, dass sie stattdessen bestehende strukturelle Ungleichheiten und die ökologische Krise verstärkt. Trotz der vorliegenden Erkenntnisse ist es gegen die Interessen und Lobby der Konzerne und Finanzakteure schwierig, eine Transformation durchzusetzen.

Klimakiller industrielle Landwirtschaft



1. Kahlschlag: 90 Prozent der weltweiten Entwaldung ist auf die Landwirtschaft zurückzuführen.



2. Anbau: Produktion und Ausbringung von chemischen Düngern und Pestiziden, Einsatz von Maschinen und Erosion führen zur Freisetzung der im Boden gespeicherten Klimagase.



3. Industrielle Tierhaltung durch Ausscheidungen und Verdauung. Zusammengekommen mit Futter, Erosion und Entwaldung ist der industrielle Tiersektor für die Hälfte aller Agrar-Klimaemissionen verantwortlich.



4. Transport von Lebensmitteln und anderen Agrarprodukten



5. Verarbeitung, Verpackung und Kühlung

Quelle: IUF: Fighting for our Future. An IUF Guide on Tackling the Climate Crisis in Intensive Livestock Production

Weiterhin treiben die großen Wirtschaftsblöcke in geheim verhandelten Freihandelsabkommen die Finanzialisierung (nicht nur) der Landwirtschaft voran und unterhöhlen Möglichkeiten der nationalstaatlichen Regulierung im Sinne des Gemeinwohls. Dazu gehört etwa das Verbot von Schutzzöllen, die die heimische Landwirtschaft vor der – teilweise hochsubventionierten – Konkurrenz schützen könnten. Auch andere sogenannte Handelshemmnisse müssen abgebaut werden – etwa Steuern auf die Ausfuhr von Devisen, die die Reinvestition im eigenen Land fördern könnten. In vielen Abkommen wird die Möglichkeit, Investitionen an Bedingungen zu knüpfen, weitgehend untersagt. Auch eine Regulierung oder Umkehrung des massiven Aufkaufs von Land und Wasser ist durch den sogenannten Investitionsschutz mit diesen neoliberalen Verträgen kaum mehr möglich.

In sogenannten Allianzen und Runden Tischen »gegen den Hunger« oder »gegen die Armut« treiben die großen Player des Agrobusiness zusammen mit Regierungen aus dem Globalen Norden und Süden Liberalisierungen voran. Dazu gehören Gesetze für patentiertes Hybrid-Saatgut oder zur Privatisierung von Gemeindeland. Auch die Einbindung von Kleinbäuer_innen in ihre Lieferketten gehört dazu: Im Gegenzug zur Bereitstellung von chemischem Input und ggf. Saatgut haben diese Firmen das Aufkaufsrecht über die Produktion. Kritiker_innen warnen, dass so Risiken von Produktionsausfällen auf die Kleinbäuer_innen ausgelagert werden.

Gewerkschaftliche Ansätze und kleinbäuerliche Organisation

Doch die Stimmen, die eine Demokratisierung des Ernährungssystems fordern, werden lauter. Druck von unten und die praktische Konstruktion von Alternativen sind angesichts der politischen Durchsetzungsmacht von transnationalen Konzernen und Finanzakteuren und auch nationalen Eliten die einzige Möglichkeit, um eine Just Transition, eine gerechte sozial-ökologischen Wende des Lebensmittelsystems, durchzusetzen. Die IUF, die Internationale Föderation der Gewerkschaften des Nahrungsmittelsektors, fordert: **»Macht muss von Konzernen weg hin zur Handlungsmacht von Arbeiter_innen, lokalen Gemeinden und Kleinbäuer_innen verschoben werden, sodass sie ihr Land, Nahrungsmittel und Politik kontrollieren können. Das heißt, wir brauchen einen rechtebasierten Ansatz für die Transformation des globalen Ernährungssystems, aufbauend auf würdiger Arbeit und dem Respekt für ländliche Lebensweise.«** Gewerkschaften müssten Transitionen innerhalb der Betriebe voranbringen, aber auch politisch Alternativen und Strategien entwickeln, die die Auswirkungen von Transitionen auf Arbeiter_innen abfedern.

Das geht nicht ohne transnationale Zusammenarbeit – sowohl zwischen Gewerkschaften als auch in der Diskussion und der gemeinsamen Positionierung mit internationalen kleinbäuerlichen Organisationen, wie La Via Campesina, sowie anderen zivilgesellschaftlich organisierten Gruppen. Nur so kann die soziale und ökologische Transformation die nötige Stoßkraft erhalten. Mit einer solchen Allianz auf internationaler Ebene gelang es beispielsweise, die »UN-Erklärung über die Rechte von Kleinbäuer_innen und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten« zu entwickeln und 2018 zu verabschieden.

Angesichts von Hunger, Ungleichheit, Klimawandel und Ressourcendegradierung ist eine Transition hin zur Ernährungssouveränität und zu integrierten agrarökologischen Systemen ein wichtiger Baustein. Angesichts der Liberalisierungen des Lebensmittelsystems in den 1990er-Jahren, hat die Via Campesina **das Konzept der Ernährungssouveränität** entwickelt: Das Recht der lokalen Bevölkerung auf gesunde, lokal angepasste, diverse Lebensmittel soll garantiert werden durch den Schutz und die Stärkung von familiären Produktionseinheiten, nachhaltige Weide- und Sammelwirtschaft und handwerkliche Fischerei. Dazu müssen Staaten, Bevölkerungsgruppen und Kleinbäuer_innen das Recht haben, ihre Agrar- und Lebensmittelpolitik selbst zu bestimmen, und die Kontrolle über Märkte zurückzugewinnen.

Später kam die Forderung nach Agrarökologie hinzu. Studien zeigen, dass integrierte agrarökologische Systeme nicht nur effizienter in der Produktion von Lebensmitteln sein können. Weil ihre Praktiken die Regenerierung des Bodens fördern,

Gutes Investieren nach ESG-Kriterien braucht klare Vorgaben

Finanzinvestoren wie Banken, Versicherungen, Fondsgesellschaften oder Private-Equity-Unternehmen können auf vielerlei Art in Menschenrechtsverletzungen, soziale oder ökologische Ausbeutung in den Unternehmen involviert sein, in die sie investieren. Umgekehrt können sie ihre Macht aber auch nutzen, um beispielsweise soziale und ökologische Transformationen voranzubringen. Tatsächlich zeigen auch immer mehr Anleger_innen ein starkes Interesse daran, ihr Geld ethisch arbeiten zu lassen.

Große Finanzinvestoren haben das erkannt und bieten „nachhaltige“ oder „ethische“ Fonds an. Dazu gehören aber auch Unternehmen wie der umstrittene Investor BlackRock: Rhetorisch beziehen sie die Arbeitnehmer_innenseite immer ein und erklären, nationale Mitbestimmungsrechte zu achten. Zugleich aber befürworten sie Sitzverlegungen von Unternehmen zu praktisch jedem Zweck, der die Rendite erhöht – seien es niedrigere Steuern und Mitbestimmungsstandards oder laxere Gesetze.

Es braucht also klare nichtfinanzielle Indikatoren, die messen, inwieweit Investitionen Umwelt, Soziales oder Unternehmensführung (englisch: Environmental, Social, Governance – kurz: ESG) beeinflussen. In der EU etwa gibt es deshalb den Sustainable Finance Action Plan, zu dem eine grüne Taxonomie für Investitionen und Geldanlagen gehört, eine soziale und eine für nicht nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten sol-

len folgen. Auch Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung wurde verschärft. Die Sustainable-Finance-Strategie sieht weitere Maßnahmen vor. Es gibt aber auch Rückschläge: So wird das ansonsten durchaus ambitionierte EU-Lieferkettengesetz den Finanzbereich wohl (Stand Dezember 2022) ausklammern.

Auch im privaten Bereich gibt es längst das Bedürfnis, den ESG-Bereich klarer zu reglementieren und für Transparenz zu sorgen. 64 Börsen haben eigene Leitlinien für die Berichterstattung erstellt. Allerdings geht es dabei bisher vor allem um Unternehmensführung und Umweltstandards. Soziale Kriterien beschränken sich bislang auf geschlechtsspezifische Unterschiede in Führungspositionen oder bei der Entlohnung, auf die Diversität unter und die Anzahl der Arbeitnehmer_innen; Arbeitsbedingungen, die Einhaltung von Arbeitsrechten oder – was vor allem bei Investitionen im Gesundheitsbereich wichtig sein sollte – Gesundheitsergebnisse bleiben außen vor.

Freiwillige Zertifizierungen wie bei der B-Corporation oder in der Gemeinwohlökonomie gehen mit ihren Kriterien in allen Bereichen wesentlich weiter, werden bislang aber insbesondere im Finanzwesen nur von einzelnen Unternehmen in Anspruch genommen.

Von der Redaktion erstellt.

weisen sie sogar eine positive Klimabilanz auf. Die verbesserte Wasserspeicherung im Boden, Agroforstsysteme und Mischkulturen machen sie resilienter gegen Dürre, übermäßige Regengüsse, Stürme und andere Klimaereignisse als Monokulturen. Diese integrierten Strategien könnten zusammen mit lokal angepassten Low-cost-Technologien in den Händen der Farmer_innen im voranschreitenden Klimawandel für die Sicherung der Ernährung wesentlich werden.

Doch dazu ist eine klare Reorientierung von staatlicher Politik und Ressourcen notwendig. Dies gilt auch für die Entwicklungszusammenarbeit. Reformen müssen daher nicht nur eine Umverteilung von Land zum Ziel haben, sondern auch den Zugang zu Fortbildungen für ökologischen Anbau, Forschung, umweltschonende Bewässerung, Finanzierung und Politiken zur Preisregulierung.

Auch zur Finanzialisierung von Konzernen besteht dringender Handlungsbedarf. Auf Anregen der Gewerkschaft Nahrung, Gaststätten und Genuss (NGG) wurde auf dem DGB-Bundeskongress die Gründung einer gemeinsamen Plattform beschlossen, um Erfahrungen zusammenzutragen und gewerkschaftli-

che Forderungen zur Regulierung von spekulativem Kapital zu überprüfen und neu zu gewichten. In diesem Kontext soll auch das positive Potenzial von Investitionen in den Blick genommen und diskutiert werden, wie sie im Sinne der Beschäftigten reguliert werden können. —



Aus den Gewerkschaften



»Die Abkehr von einer fragilen Niedriglohnwirtschaft zu einer Wirtschaft, in der Arbeitgeber, Regierungen und internationale Institutionen anerkennen, dass nur ein Land mit einem ausgewogenen Arbeitsmarkt mit fairen Löhnen, nachhaltig und weniger krisenanfällig ist – dieser Weg ist leider noch weit.«

 **Alex Campbell**

»Unsere Ratschläge finden viel stärker Gehör«

Bei IWF und Weltbank hat ein Umdenken stattgefunden – weg von Liberalisierung und radikal freien Märkten als obersten Zielen hin zu nachhaltigem Wohlstand. Den kann es nur mit starken Arbeitnehmer_innenrechten geben. Um die multiplen Krisen zu überwinden, müsse zugleich sehr viel mehr investiert werden, sagt Alex Campbell, der das Washington-Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Globalen Gewerkschaftsverbände leitet.

Alex Campbell, von der reinen Lehre des Neoliberalismus sind IWF und Weltbank zwar abgerückt. Sie sind aber nicht gerade bekannt dafür, sich für Arbeitnehmer_innenrechte einzusetzen. Wie passt das dennoch zusammen? IWF und Weltbank sind komplexe Institutionen mit Tausenden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Zugleich werden sie von Regierungen auf der ganzen Welt mitregiert. Wenn sich die Weltlage ändert oder die Führer wechseln, verändern sich auch die Institutionen. Seit der Weltfinanzkrise von 2009 hat sich die Rhetorik von IWF und Weltbank stark gewandelt. Der Zeitgeist, der vor dieser Krise herrschte, nämlich alle Bereiche radikal dem Markt zu überlassen, ist heute ein völlig anderer. Im Alltag – bei den Kreditbedingungen und politischen Empfehlungen – sind die Veränderungen nicht ganz so groß. Aber immer mehr regt sich nun die Erkenntnis, dass der ideologische Glaube an Liberalisierung – also Deregulierung der Finanzmärkte, Kürzung der Arbeitnehmer_innenrechte und bei den Löhnen ein Wettlauf nach unten – der falsche Weg war. Bei IWF und Weltbank ist in einigen Bereichen angekommen, dass es nachhaltigen Wohlstand nur mit starken Arbeitnehmer_innenrechten geben kann.

Die Energiekrise als Folge von Russlands Angriffskrieg, hohe Inflation und Lieferengpässe waren die bestimmenden

Themen bei der letzten Herbsttagung. Kann es angesichts dieser Krisen überhaupt gelingen, mit gewerkschaftlichen Positionen durchzudringen? Ich denke schon. Viele unserer Bedenken aus Arbeitnehmersicht werden von den Ökonomen und auch Regierungen geteilt. Wir weisen schon seit einiger Zeit darauf hin, dass zu wenig in wirklich produktive wirtschaftliche Aktivitäten investiert wurde. Lieferkettenengpässe und die hohen Lebenshaltungskosten sind ganz reale Folgen dieser Unterinvestition. Die Pandemie wiederum hat zutage gebracht, dass zu wenig Geld in die Gesundheitssysteme floss. Viele unserer Ratschläge – etwa wie man mehr Geld in die Hand nehmen müsste, um menschenwürdige Arbeit zu schaffen – finden sehr viel stärker Gehör als noch vor ein paar Jahren.

Gibt es innerhalb des IWF und der Weltbank feste Formate, bei denen dem ITUC explizit zugehört wird? Oder kommt es mehr auf persönliche Kontakte an? Es gibt beides. Grundsätzlich herrscht Einigkeit darüber, dass es universelle Sozialrechte gibt und diese auch in allen Aspekten berücksichtigt werden müssen. Im Detail und der Prioritätensetzung gibt es natürlich schon Streit. Wenn der IWF etwa mit einer Regierung über die Vergabe neuer Kredite verhandelt und wir zu der Einschätzung kommen,



Interviewer: Felix Lee war bis 2019 acht Jahre China-Korrespondent der taz. Nun schreibt er für die taz und den China.Table zu Handel, Weltwirtschaft und Globalisierung.

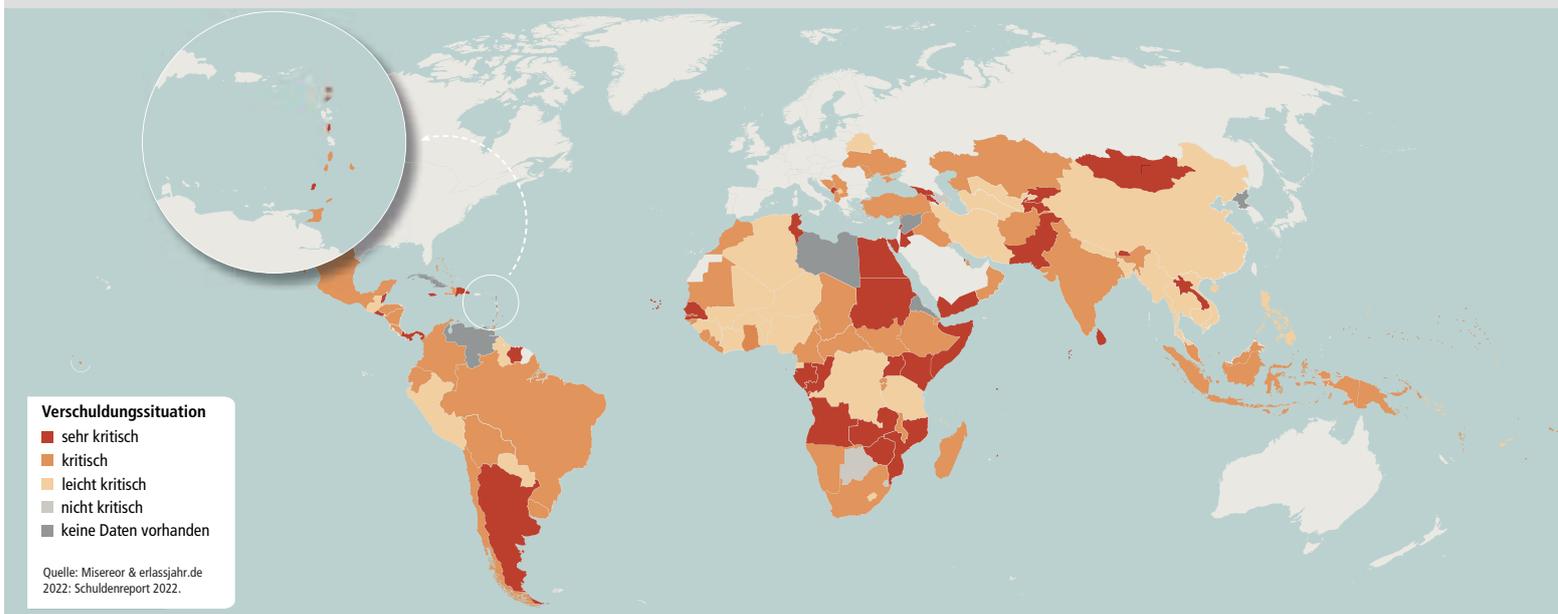


Der Interviewte: Alex Campbell leitet seit diesem Jahr das Washington-Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes (ITUC) und der Globalen Gewerkschaftsverbände. Er verbindet die globale Arbeiterbewegung mit internationalen Finanzinstitutionen.

Vorher war er Mitarbeiter im US-Kongress.

Überschuldete Staaten weltweit:

Die Weltkarte zeigt die Verschuldungssituation verschuldeter Länder im Globalen Süden



dass noch mehr Kürzungen etwa im Gesundheitswesen nicht möglich sind, wird unsere Beurteilung in ihrer Entscheidungsfindung zwar einbezogen, aber nicht unbedingt umgesetzt.

Welchen Stellenwert messen IWF und Weltbank Arbeitnehmer_innenrechten bei? Das lässt sich schwer beantworten. Arbeitnehmer_innenrechten sind sehr weit gefasst – sie können sowohl den Schutz am Arbeitsplatz als auch wirtschaftliche Rechte bedeuten. Wenn es etwa darum geht, das Recht auf Versammlungs- und Organisationsfreiheit zu sichern, herrscht in der Theorie Einigkeit. Wenn es aber um die Frage geht, wie hoch der Mindestlohn in dem jeweiligen Land für eine nachhaltige Volkswirtschaft sein müsste, gehen die Einschätzungen oft auseinander. Wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keinen anständigen Lohn erhalten, ist das mittel- und langfristig schlecht für die Volkswirtschaft. Denn das führt dazu, dass viele wichtige Arbeiten nicht mehr getätigt werden. Wer will denn noch Busfahrer_in oder Pflegekraft werden, wenn bis Monatsende kein Geld auf dem Konto übrig bleibt? Die Abkehr von einer fragilen Niedriglohnwirtschaft zu einer Wirtschaft, in der Arbeitgeber_innen, Regierungen und internationale Institutionen anerkennen, dass nur ein Land mit einem ausgewogenen Arbeitsmarkt mit fairen Löhnen nachhaltig und weniger krisen anfällig ist – dieser Weg ist leider noch weit. In den meisten Ländern haben die Lohnsteigerungen der vergangenen Jahre nicht mitgehalten mit den Steigerungen in der Produktivität.

Und nun haben wir so hohe Inflationsraten wie seit Jahrzehnten nicht. Der Krieg in der Ukraine und die Pandemie sind externe Schocks und haben zusätzlich zu der hohen Inflation beigetragen. Aber dass viele Länder so anfällig sind für Krisen,

hängt auch damit zusammen, dass in vielen wichtigen Bereichen zu wenig investiert wurde. Um die hohe Inflation in den Griff zu bekommen, erhöhen die Zentralbanken der führenden Industrienationen ihre Zinsen – und drosseln damit Wirtschaftswachstum. Institutionen wie der IWF müssen eine koordinierende Rolle einnehmen und dafür sorgen, dass einige Länder ihre Geld- und Fiskalpolitik nicht zu sehr straffen und auf diese Weise unnötig Rezessionen herbeiführen.

Kommt das bei IWF und Weltbank an? Ich denke, die IWF-Führung teilt viele unserer Sorgen. Ob ihr die Koordinierung unter den Ländern gut genug gelingt, um eine weltweite Wirtschaftskrise abzuwenden, bleibt abzuwarten. Auf der Herbsttagung hat es zumindest eine ernst gemeinte Debatte darüber gegeben, welche menschlichen Kosten eine zu straffe Geldpolitik der reichen Länder zur Folge haben könnte. Das stimmt mich optimistisch.

Wie viele gewerkschaftliche Forderungen wurden konkret aufgenommen? Das lässt sich nicht genau sagen. Wir müssen erst mal sehen, ob und wie die gemachten Zusagen tatsächlich umgesetzt werden. Deutschland, die USA und einige andere Staaten haben ein Wachstumsmodell hervorgehoben, das Arbeitnehmer_innenrechte und die Notwendigkeit von Investitionen in den Vordergrund rückt, anstatt weiter auf Kürzungen zu setzen. Das wurde bereitwillig diskutiert. Insofern haben wir nicht das Gefühl, dass wir mit unseren Positionen alleine standen.

Die reichen Länder bekämpfen die hohe Inflation, indem sie die Leitzinsen erhöhen. Das belastet viele Länder des Glo-

balen Südens, weil deren Kredite oft in US-Dollar oder Euro laufen. Vielen droht nun eine ernsthafte Schuldenkrise. Welche Rolle könnten IWF und Weltbank einnehmen? Die Sorge, viele Länder könnten in eine Schuldenkrise geraten, ist groß. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass Umschuldungen, neue Kredite und die Abschaffung von Zuschlägen und Strafzahlungen auf die Tagesordnung kommen. Klare Antworten gab es aber keine. Ich denke aber, den meisten Beteiligten ist schon klar, wie gefährlich es wäre, eine Schuldenlawine loszutreten. Es würde die betroffenen Länder um Jahrzehnte zurückwerfen.

Dabei bräuchten viele Länder derzeit umso mehr Geld, nicht zuletzt zum Aufbau öffentlicher Gesundheitssysteme, um eine nächste Pandemie zu verhindern. Ja, und nicht nur für die Gesundheitsversorgung! Dasselbe gilt für den Klimaschutz. Für beides wird aber sehr viel Geld benötigt. Investitionen in Lieferketten senken die Warenkosten, Investitionen in den Bau von Wohnungen senken die Mieten, Investitionen in unsere Gesundheitssysteme verringern das Pandemierisiko. Ich sehe keinen anderen Ausweg, als sehr viel mehr zu investieren.

Aber wie soll all das finanziert werden? Noch in den Nullerjahren galten Privatisierung oder Public Private Partnership in der öffentlichen Daseinsvorsorge als Rezept. Wäre das eine Lösung? Das sind Empfehlungen der Neunzigerjahre. Inzwischen weiß man, dass die Privatwirtschaft nicht imstande ist, alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge adäquat zu erfüllen. Also nein: Privatisierung ist keine Lösung. Bei der Finan-

zierung sehe ich keine Wahl. Wenn wir die Ziele für nachhaltige Entwicklung erreichen wollen, müssen die reichen Länder Verantwortung übernehmen und mehr von ihrem Reichtum investieren.

Mit China gibt es einen neuen mächtigen Player – was sich in der Zusammensetzung der nach wie vor westlich dominierten Strukturen des IWF aber nicht widerspiegelt. Welche Rolle spielen IWF und Weltbank noch für die Stabilität der Weltwirtschaft? Nach wie vor eine sehr bedeutende. Es stimmt, der Westen ist in der globalen Finanzwelt nicht mehr allein. China mit seinen eigenen Entwicklungsbanken ist inzwischen kein ganz neuer Akteur mehr. Bei der sich nun anbahnenden Schuldenkrise könnte das Land erstmals eine Schlüsselrolle haben. Wie IWF, Weltbank und China zusammenkommen – das dürfte eine der zentralen Fragen in der nächsten Zeit werden. Ich denke, die Schulden vieler Länder müssen neu verhandelt werden. Und wir rufen alle Gläubigerstaaten zur Vernunft auf, damit die Welt nicht in eine Schuldenkrise rutscht, bei der es keine Gewinner geben wird.

Wenn andere Entwicklungsbanken, wie die von China, mehr Einfluss gewinnen – ist das gut oder schlecht für die Interessen der Gewerkschaften? Entwicklungsbanken sind wichtig. Aber natürlich müssen sie dafür sorgen, dass Arbeit menschenwürdig bleibt, Arbeitnehmer_innen ausreichend vor Unfällen und Ausbeutung geschützt sind und es keine Kinderarbeit gibt. Arbeiter_innenrechte sind universell. —



Arbeiter_innen auf Reisfeldern in Brahmanbaria, Chittagong, Bangladesh, arbeiten zu Niedriglöhnen — Foto: Mustasinur Rahman Alvi / Zuma Press / picture alliance

Bildungsgewerkschaften kämpfen gegen Privatisierung

»Bildung ist kein Fast Food«

Die kommerzielle Privatschulkette Bridge International Academies unterrichtet in Afrika und Asien. Sie setzt Billiglehrkräfte ein, die den Unterrichtsstoff vom Tablet-Computer ablesen. Bildungsgewerkschaften bekämpfen dieses Modell – mit Erfolg.

Nairobi, Kenia. Dieser »Teacher Guide« mache das Unterrichten leichter, sagt die Lehrerin und zeigt auf ihren Tablet-Computer. Er gebe vor, wann welcher Schulstoff zu behandeln ist und wie. »Außerdem kann ich damit feststellen, bei welchen Themen meine Schülerinnen und Schüler Schwierigkeiten haben«, erklärt die Frau in dem PR-Video, das auf YouTube zu sehen ist.

Sie arbeitet für Bridge International Academies, eine Privatschulkette, die in Kenia, Liberia, Nigeria, Uganda und Indien präsent ist. Gegründet 2009, unterrichtete Bridge 2018 weltweit 100.000 Mädchen und Jungen in über 520 Schulen und Vorschulen. Die Schulgebühren seien niedrig, versichert das Unternehmen. Auch Eltern, die im Slum wohnen, könnten ihre Kinder in eine Bridge-Schule schicken. Die Lehrkräfte seien kompetent und motiviert, der »Teacher Guide« sorge für bestmögliche Unterstützung.

Das klingt attraktiv – denn in Ländern wie Kenia sind öffentliche Schulen häufig in jämmerlichem Zustand. Viel zu große Klassen, 40 Kinder und mehr, schlechte Ausstattung und miserabel bezahlte Lehrkräfte, die gezwungen sind, nebenher Taxi zu fahren oder im Handy-Shop zu arbeiten. Oft fällt der Unterricht einfach aus.

Schweres Geschütz gegen Kritiker

Aber Gewerkschaften wie die kenianische Kenya National Union of Teachers (KNUT) kritisieren die Bridge International

Academies seit Jahren. Wer dort unterrichte, habe keine ausreichende Ausbildung. Die Klassenräume seien unzureichend, häufig nur einfache Gebäude im Slum. Außerdem halte sich Bridge nicht an die nationalen Lehrpläne. Das Unternehmen reagierte – 2017 warf es dem damaligen KNUT-Vorsitzenden vor, Lügen zu verbreiten. Doch das zuständige Gericht, der High Court of Kenya, wies den Antrag zurück, dem Gewerkschaftsvorsitzenden kritische Äußerungen zu verbieten.

Auch in Uganda ging Bridge gegen Kritiker vor. Im Mai 2016 reiste der kanadische Bildungsforscher Curtis B. Riep ins Land, um die Qualität des Unterrichts der Privatschulkette zu untersuchen. Bridge ließ darauf eine Zeitungsanzeige schalten: Riep sei unter falschem Namen unterwegs und behaupte, Angestellter von Bridge zu sein. In Wirklichkeit arbeite er für Education International (EI), den Weltverband der Bildungsgewerkschaften. Der Kanadier wurde in Uganda verhaftet. EI und Bildungsgewerkschaften in vielen Ländern protestierten. Im Juni 2016 kam Curtis B. Riep frei.

»Auf dem ganzen Kontinent haben wir beobachtet, dass die sogenannten Low-Cost-Privatschulen rasant zunehmen«, kritisiert Christian Addai-Poku, Präsident des Afrikanischen Regionalkomitees von EI. Diese Schulen seien bekannt dafür, dass Lehrkräfte dort kaum Arbeitnehmer_innenrechte haben. »Sie operieren, wenn überhaupt, mit wenig Kontrolle und Transparenz.« Obwohl das Schulgeld relativ niedrig ist, könnten die ärmsten Familien das Geld oft nicht aufbringen. Das habe zur Folge, dass vor allem Mädchen von Schulbildung ausgeschlossen werden.

Auf Bedenken von Gewerkschaften stößt auch, was Lehrkräfte auf ihrem »Teacher Guide« an Daten speichern: Von wann bis wann sind Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrkräfte anwesend? Welche Noten gab es bei Klassenarbeiten und Prüfungen? Wie weit ist eine Klasse mit dem Lernstoff? Wie schnell begreift eine Schülerin oder ein Schüler den Lernstoff?



Matthias Holland-Letz ist Diplom-Volkswirt, freier Journalist und Autor. Er recherchiert zum Einfluss von Stiftungen auf Politik und Gesellschaft.

»Bildungsgewerkschaften weltweit fordern mit ihrer Kampagne »Global Response«, die Privatisierung von Bildung zu stoppen und das öffentliche Bildungswesen zu stärken.«

Die Hinterleute

Die Bridge International Academies gehören zum Bildungskonzern NewGlobe. Zu dessen Investoren zählen drei US-Milliardäre: Facebook-Chef Mark Zuckerberg mit seinem Investment-Vehikel Chan Zuckerberg Initiative, Bill Gates und der eBay-Gründer Pierre Omidyar mit dem Omidyar Network. Hinzu kommt der britische Bildungskonzern Pearson. Geld gab zudem der kommerzielle Ableger der Weltbank-Gruppe, die International Finance Corporation (IFC).

»Schäm Dich, Weltbank« – »Bridge beutet afrikanische Kinder aus«. Mit diesen Slogans protestierten Mitglieder von Bildungsgewerkschaften gegen das Engagement der IFC. Auch die deutsche Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) beteiligte sich an der Kampagne. Bridge sei ein For-Profit-Unternehmen argumentieren die Gewerkschaften. Und wer solche Akteure finanziere, verstoße gegen das UN-Nachhaltigkeitsziel Nummer 4. Das schreibt fest, dass bis 2030 alle Kinder weltweit Zugang zu inklusiver und kostenfreier hochwertiger Bildung erhalten müssen.

Die Proteste zeigten offenbar Wirkung. Im März 2022 gab die IFC bekannt, dass sie die Förderung auslaufen lasse. Seit 2014 hatte die Weltbank-Tochter 13,5 Millionen US-Dollar an Bridge gezahlt, um private Schulen in Afrika und die Expansion des Unternehmens auf anderen Kontinenten zu finanzieren. »Wir rufen die anderen Investoren der Bridge International Academies auf, dem Beispiel der IFC zu folgen«, erklärte David Edwards, Generalsekretär von Education International. Bildungsgewerkschaften weltweit fordern mit ihrer Kampagne »Global Response«, die Privatisierung von Bildung zu stoppen und das öffentliche Bildungswesen zu stärken.

Umstrittene Studie

Nun sorgt eine US-amerikanische Studie dafür, dass die Diskussion um Bridge wieder Fahrt aufnimmt. »Can Education be Standardized? Evidence from Kenya« (Kann Bildung standardisiert werden? Nachweise aus Kenia) lautet der Titel der im Juni 2022 veröffentlichten Untersuchung. Zu den Finanziers der Studie gehören die Weltbank, die Bill and Melinda Gates Foundation und das Omidyar Network. Das Ergebnis scheint zunächst für die Privatschulkette zu sprechen: Wer zwei Jahre lang eine Bridge-Schule besuchte, zeigt deutlich bessere Testergebnisse als die Vergleichsgruppe, die auf eine öffentliche Schule ging.

Bei Bridge-Grundschulkindern war der Vorsprung so groß, als hätten sie fast zehn Monate länger Unterricht gehabt (»0.89 additional equivalent years of schooling«). Bei den Vorschulkindern lag der Unterschied gar bei eineinhalb Jahren (»1.48 additional equivalent years of schooling«). Ein Ergebnis, das Bridge für Eigen-PR zu nutzen weiß: Die Untersuchung, so die firmeneigene Homepage, zeige »Lerngewinne, die zu den größten gehören, die jemals in der internationalen Bildung gemessen wurden«.

Gleichwohl enthält die Untersuchung zahlreiche Aussagen, in denen Skepsis am Bridge-Modell durchscheint. »Das Unternehmen stellte Lehrkräfte ein, die weniger formale Bildung und Erfahrung als Lehrkräfte an öffentlichen Schulen haben, zahlt ihnen weniger und lässt sie mehr Stunden pro Woche arbeiten«, heißt es in der Zusammenfassung. Standardisiert habe Bridge auch das System zur täglichen Kontrolle der Lehrkräfte. Die Studie erinnert zudem an das miserable öffentliche Schulwesen in Kenia. Untersuchungen hätten gezeigt, dass kenianische Lehrerinnen und Lehrer bei 47 Prozent der unangekündigten Schulbesuche nicht anwesend waren. Im Durchschnitt unterrichteten kenianische Lehrkräfte lediglich zwei Stunden und zwanzig Minuten am Tag. Außerdem betont die Studie: NewGlobe, die Muttergesellschaft von Bridge, habe im Untersuchungszeitraum – also ab 2016 – die Zahl der Bridge-Schulen in Kenia von 405 auf 112 reduziert.

Kein gutes Haar an der Studie lässt Education International. »Die Finanziers der Studie waren Investoren von Bridge«, beanstandet EI. »Unkorrekt« sei zudem, dass die Testergebnisse auf die »Standardisierung« von Bildung zurückzuführen seien. Andere Faktoren spielten eine Rolle. »Bridge-Schulen haben substanziiell kleinere Klassen als kenianische öffentliche Schulen.« Außerdem gebe es bei Bridge mehr Unterrichtsstunden, die Ausstattung mit Schulbüchern und anderen Ressourcen sei besser. David Edwards, Generalsekretär der EI, wird grundsätzlich: Das bisherige Bridge-Konzept habe mit Bildung nichts zu tun. »Sie machen aus Lehrerinnen und Lehrern Automaten.« Bridge »strebt nach Rationalisierung, will Kosten senken und Profit machen«. Bildung sei aber »kein Fast Food«. Bildung könne allein durch ausgebildete Lehrkräfte vermittelt werden, die beruflich eigenständig arbeiten und ausreichend Ressourcen nutzen können. »Keine noch so voreingenommene Studie wird daran etwas ändern.« —



Grundschüler_innen in der örtlichen Schule in Kibale, Uganda — Foto: mehmetozb/123RF

Herausforderungen für die Gewerkschaftsbewegung in Brasilien

»Der Kampf für Gerechtigkeit motiviert mich«

Die Gewerkschaftsgeneration aus der Zeit der Militärdiktatur hat den ehemaligen IndustriALL Global Union-Generalsekretär Valter Sanches inspiriert und geprägt. Heute müsse sich die Bewegung in Brasilien jedoch verändern, sagt er. Sie müsse diverser und offener werden, um die vielen Ungleichheiten wahrnehmen und bekämpfen zu können. Mit dem neu gewählten Präsidenten Lula gebe es auch eine Chance dazu.

Valter Sanches, Sie sind zur Zeit der brasilianischen Militärdiktatur zwischen 1964 und 1985 aufgewachsen. Wann haben Sie zum ersten Mal Ungerechtigkeit erfahren? Ich erlebte in meiner Kindheit überall – auch in der Schule –, wie Ungerechtigkeit reproduziert wurde. Wir sprechen da von den 70ern. Es gab alle möglichen Regeln. Die waren total willkürlich, alles wurde bestraft. Die Direktorin stand sinnbildlich für die Diktatur. Im Arbeitsalltag in der Fabrik ging das dann weiter. Für alles konnte man willkürlich entlassen werden, vor allem, wenn man sich politisch äußerte. Es gab gar keinen Schutz für Arbeiter_innen.

Also eine sehr schwierige Startsituation. Wie kam es dann zur Faszination für die Gewerkschaftsarbeit? Ich glaube, meine Faszination hängt mit meiner Geschichte zusammen. Die Ungerechtigkeit der Militärdiktatur immer um mich herum zu sehen, hat mich in die Richtung gedrängt, gegen sie zu kämpfen. Als ich in der Schule war, habe ich in der Studierenden-Bewegung gekämpft. Als ich in einer Fabrik zu arbeiten anfang, dann in der Gewerkschaft. Der Kampf für Gerechtigkeit motiviert mich.

Als die Militärdiktatur vorbei war, haben Sie sich immer stärker auf die Arbeit in Gewerkschaften konzentriert. Dort haben Sie viel erreicht. Was sehen Sie als Ihren größten Erfolg an? Ich glaube, es gibt da nicht den einen Erfolg. Wichtig war sicher, dass ich der einzige Gewerkschafter an der Spitze der globalen Gewerkschaftsunion [IndustriALL Global Union, Anmerkung der Redaktion] aus dem Globalen Süden war. Dabei geht es nicht um mich persönlich. Weil ich diesen Posten hatte, konnte ich die Realität aus dem Globalen Süden und damit auch einen anderen Blick auf Gewerkschaften einbringen.

Gibt es Dinge, die Sie als Person aus dem Globalen Süden anders gemacht haben als ihre Vorgänger? Ich denke schon. In der Gewerkschaftsbewegung in Europa, den USA oder auch Japan herrscht oft die Ansicht, dass vor allem die eigenen Erfahrungen aus den reichen, wichtigen, starken Ländern relevant sind. Mit diesem Hintergrund versucht man, dem Globalen Süden zu helfen.

Das war nie mein Ansatz. Wir brauchen keine Hilfe, weil wir schwach und arm wären. Wir brauchen Empowerment, um auf unseren eigenen Beinen zu stehen. Sinn ist nicht, eine Abhängigkeitsbeziehung aufzubauen, bei der die eine Seite hilft und die andere Hilfe bekommt. Vielmehr sollten die Gewerkschaften im Globalen Norden ihre (finanziellen) Mittel nutzen, um eine globale Solidarität aufzubauen, in der Gewerkschaften des Globalen Südens unabhängig sind und autonom Arbeiter_innen verteidigen können.

Gab es auch Misserfolge? Misserfolge sind Teil des Kampfs. Der globale Kampf der Arbeiter_innen gegen das Kapital ist ein sehr ungerechter Kampf. Wir Gewerkschaften sind nicht mehr als der verzweifelte Versuch, einen überlegenen Gegner aufzuhalten. Unser großes Versagen ist, dass die Prekarisierung weitergeht. Es gibt immer weniger formal angestellte Arbeiter_innen und immer mehr Menschen in prekären, informellen Beschäftigungsverhältnissen. Wir versagen im Kampf gegen dieses brutale System. Aber wir geben nicht auf und mobilisieren alle Mittel.

Sie haben den ehemaligen und jetzt erneut gewählten Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva mehrere Male getroffen. Was assoziieren Sie mit ihm? Ich bin ein direkter Erbe von Lula. Seine Gewerkschaftergeneration hat mich inspiriert, sie hat den



Der Interviewte: Valter Sanches war von 2016 bis 2021 Generalsekretär der IndustriALL Global Union und die erste Person aus dem Globalen Süden an der Spitze des Gewerkschaftsverbands. Der gelernte Metallarbeiter begann seine Karriere 1981 und ist seitdem auch in der brasilianischen Gewerkschaftsbewegung aktiv, sein Fokus liegt auf der Zukunft der Arbeit und künstlicher Intelligenz.

Weg für viele Entwicklungen geöffnet. Als Präsident hat Lula aus meiner Sicht vor allem die internationalen Beziehungen von Brasilien verändert. Er hat Lateinamerika und Afrika priorisiert. Davor war Brasilien immer stark auf Europa und die Vereinigten Staaten konzentriert, obwohl wir viel mehr Gemeinsamkeiten mit Afrika und Lateinamerika haben. Diese Neuorientierung habe ich versucht, in meine Arbeit einzubringen. Ich glaube, das war auch richtig. Unter diesen Vorzeichen wurde Brasilien international wichtiger, wir wurden Anfang der 2000er-Jahre die sechstgrößte Wirtschaftsmacht. Das hat die Gewerkschaften vorgebracht. Arbeiter_innen bekamen mehr Rechte. Und wahrscheinlich hat diese Art zu regieren dazu geführt, dass ich als Brasilianer bestimmte Ämter erreichen konnte.

»Der globale Kampf der Arbeiter_innen gegen das Kapital ist ein sehr ungerechter Kampf.«

Seit Lulas ersten Regierungszeiten sind zwölf Jahre vergangen. Hat sich währenddessen die Rolle der Gewerkschaftsbewegung in Brasilien verändert? Gewerkschaften sind wichtiger denn je. Die letzte Regierung war uns gegenüber feindlich eingestellt, sie hat die Prekarisierung vorangetrieben. Außerdem verändert sich die Arbeitswelt sehr schnell. Ich habe mich dafür eingesetzt, dass sich die Gewerkschaften mit verändern. Der bzw. die typische Arbeiter_in ist zur Seltenheit geworden. Der bzw. die Industriearbeiter_in stirbt mit der Digitalisierung aus. Es gibt heute auf der einen Seite mehr spezialisierte Arbeiter_innen und auf der anderen Seite gibt es in allen Wertschöpfungsketten viele Menschen, die unter sehr prekären Bedingungen arbeiten. Diese Situation spiegelt sich in der Gewerkschaftsarbeit noch nicht wider. Die ist es gewohnt, Fließbandarbeiter_innen zu repräsentieren, und übersieht eine Realität mit mehr Frauen, mehr LGBT+-Arbeiter_innen, mehr jungen Menschen.



Interviewerin: Lisa Kuner ist freie Journalistin und hat einige Jahre in Kolumbien und Brasilien gelebt. Einer ihrer Arbeitsschwerpunkte ist Lateinamerika mit seinen Widersprüchen und Ungleichheiten.

Wie genau hat sich die Situation für die Arbeitenden unter der Regierung Bolsonaro verändert? Erst mal wurde das Arbeitsministerium aufgelöst. Seitdem hält sich die Regierung an keine internationale Norm mehr. Eine sinnvolle Industriepolitik fehlt: Verschiedene multinationale Unternehmen haben Brasilien in den letzten Jahren verlassen, weil sie hier keine Zukunft mehr gesehen haben. Grundsätzlich hatte die Regierung immer nur Unternehmen im Blick, aber nie die Arbeitenden. Außerdem hat sie alle Kommunikationskanäle zu uns als Gewerkschaften geschlossen. Die Situation für Arbeiter_innen und Gewerkschaften ist sehr angespannt.

Zu einer veränderten Gewerkschaftsarbeit gehört es, die Umwelt- und Klimadimension mitzudenken. Wie weit sind die Gewerkschaften in Brasilien da? Sie öffnen sich dafür, aber zu langsam. Während meiner Arbeit für die globale Gewerkschaftsunion haben wir uns damit beschäftigt. Wir repräsentieren Minenarbeitende und Arbeitende im Bereich Erdöl und Gas – die Leute leben buchstäblich von fossilen Energien. Wir haben versucht, an einer gerechten Energiewende mitzuarbeiten, damit die Arbeitenden aus diesen Bereichen umgeschult werden können und die Unternehmen, die an den fossilen Brennstoffen verdienen, für die Transition bezahlen. Ich denke, dass es in Gewerkschaften in der Region ein Bewusstsein für die Herausforderungen der Klimakrise gibt, aber der Umgang damit ist sehr schwierig.

In Deutschland gibt es zur Fair Transition das Konzept der Energiewende. Wo in diesem Prozess steht Lateinamerika aktuell? Leider gibt es diesen Prozess in Lateinamerika und vor allem in Brasilien so nicht. Man kehrt sich zwar auch von fossilen Energien ab – aber hauptsächlich aus ökonomischen Gründen. Solarenergie oder Windkraft sind heute schon billiger als Kohle, bald werden sie auch günstiger sein als Erdöl. Natürlich entstehen neue Arbeitsplätze und der Bedarf an Energie wird erst mal weiter zunehmen. Diese Prozesse passieren hier aktuell aber ohne jegliche Regulierung. Die meisten Erdölkonzerne haben inzwischen Sektoren mit erneuerbaren Energien, aber sie machen den Umbau, wie er ihnen eben passt – oft ohne Rücksicht auf die Arbeitenden.

Was heißt das zum Beispiel? Enel, ein italienisches Energieunternehmen mit Sitz in verschiedenen Ländern in Lateinamerika, hat entschieden, keine Kohle mehr zu verstromen und zu 100 Prozent grün zu werden. Die Aktien von Enel sind direkt gestiegen. In der Konsequenz haben aber 5.000 Arbeiter_innen in Kolumbien ihren Job verloren und die Regierung griff nicht ein. So läuft die Energiewende an vielen Stellen in Lateinamerika. Die Arbeiter_innen haben dabei keine Stimme und der Umbruch ist ungerecht.

Es gibt in Unternehmen in Brasilien schon länger eine immer stärkere Orientierung am Shareholder-Value. Welchen Einfluss hat das auf die Gewerkschaften? Unternehmen treffen immer weniger langfristig sinnvolle Entscheidungen, sondern öfter solche, von denen die Aktionäre schnell profitieren. Das zeigt die Natur des Kapitalismus und auch die Grenzen der Gewerkschaftsbewegung. In Brasilien hat die Orientierung am Shareholder-Value dazu geführt, dass wir den Kapitalismus noch brutaler spüren.

Gibt es dafür aktuelle Fallbeispiele? Nehmen wir Ford. Der Autobauer hat zwischen 2010 und 2021 einfach alle Fabriken in Brasilien geschlossen, niemand hat ihn davon abgehalten und alle Arbeiter_innen haben ihren Job verloren.

Diese Brutalität des Kapitalismus in Brasilien ist ein guter Übergang. Brasilien ist auch eines der Länder mit der größten

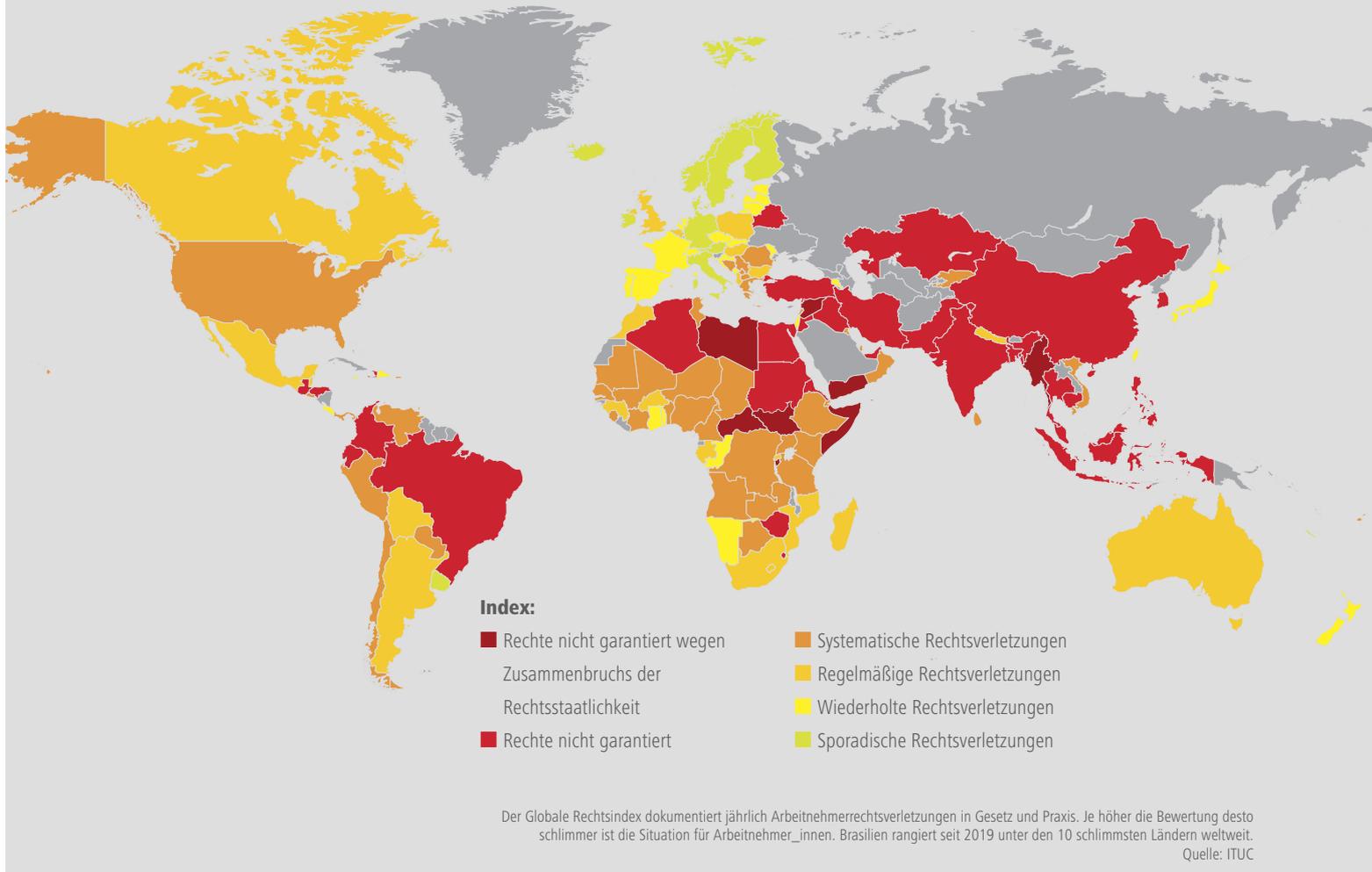
Ungleichheit weltweit. Wo wird das sichtbar? Zum Beispiel an den Folgen der Arbeitsreform von 2017. Sie hat die Gewerkschaften geschwächt, den Schutz für die Beschäftigten gelockert. Das Resultat davon sind heute 17 Millionen Arbeitslose und eine zunehmende Prekarisierung. Die Löhne in Brasilien sind heute sehr niedrig, viele Menschen sind scheinselfständig, zum Beispiel bei der Arbeit für digitale Apps. Laut einer Erhebung des IBGE [Brasilianisches Institut für Geografie und Statistik – die Red.] arbeitet in jedem fünften brasilianischen Haushalt niemand angestellt. Die Menschen arbeiten also informell und das führt zu einer immer größeren Ungleichheit. Die Pandemie hatte einen ähnlichen Effekt. Dazu kam noch, dass die Regierung Temer [Michel Temer, Regierung von 2016–2018 – die Red.] und zuletzt die Regierung Bolsonaro nicht an sozialer Inklusion gearbeitet haben.

Das waren sehr viele Punkte. Welche Rolle spielt dabei die zunehmende Finanzialisierung? Sie ist ein Phänomen, das die Ungleichheit weiter vergrößert. In Brasilien sind Kapitalinvestitionen sehr lukrativ – und das zieht dann noch mehr Kapital an. Dafür gibt es wenige produktive private Investitionen. Die Industrie hätte das Potenzial, Arbeitsplätze, Reichtum und Steuern zu generieren, indem sie lange Produktionsketten aufbaut. Dafür braucht es private Gelder. Aber solange der Finanzmarkt für die Kapitalanleger so attraktiv ist, wird eher dorthin investiert als in die Industrie.



Valter Sanchez bei einer Demonstration für die Freilassung Lulas im Jahr 2018 — Foto: IndustriALL Global Union (CC BY-NC-ND 2.0)

Der Globale Rechtsindex: Arbeitnehmer_innenrechte sind weltweit unter Druck



Mit welchen Ansätzen will Lula in seiner aktuellen Amtszeit die massive Ungleichheit im Land bekämpfen, um aus dieser zugespitzten Lage herauszukommen? Maßnahmen, wie wir sie schon aus den früheren Lula-Regierungen kennen, werden nötig sein: Erhöhung des Mindestlohns und ein Programm, das Gewinne in Brasilien umverteilt.

Glauben Sie, dass solche Programme in den kommenden Jahren realistisch sind? Ja, das glaube ich. Wir haben schon einmal gesehen, dass eine Regierung Lula Arbeitsplätze schaffen konnte. Mit der Bolsa Familia [Sozialhilfeprogramm, wurde unter Bolsonaro zum Auxílio Brasil umgebaut – die Red.] wurde auch ein Umverteilungsprogramm ins Leben gerufen. Allerdings ist die Arbeitswelt heute eine andere – und deswegen ist das alles aktuell schwieriger.

Wie bewerten Sie persönlich die Chancen, dass Brasilien es in Zukunft schafft, Ungleichheit effektiv zu bekämpfen? Mit Lula gibt es eine echte Chance für politische Transformationsprogramme. Allerdings wird es sicher schwierig, sie umzusetzen: Seine Regierung wird keine Mehrheit im Kongress und im Senat haben.

Angenommen, alles wäre möglich: Was ist Ihre Utopie für Brasilien? Brasilien ist ein Land mit riesigem Potenzial. Das Land hat fast 230 Millionen Einwohner_innen, die ganze Welt will ihre Produkte hier verkaufen. Wir müssen nur die Gesellschaft so organisieren, dass sie das auch ausschöpfen kann. Dafür braucht es aber eine demokratische, unabhängige und autonome Regierung. —

Soziale Ungleichheit

Literaturhinweise

Globale Ungleichheiten

Macht gibt es nicht ohne Machtlosigkeit

Kraemer, Kenneth L. et al. 2011: Capturing Value in Global Networks: Apple's iPad and iPhone. https://webzoom.free-webs.com/phsworldhistory/AP%20WH%20Unit%20V/Value_iPad_iPhone.pdf

Lessenich, Stephan 2016: Neben uns die Sintflut. Wie wir auf Kosten anderer leben. München: Piper.

Solga, Heike et al. 2009: Soziale Ungleichheit – Kein Schnee von gestern! Eine Einführung. In: Dies. (Hg.): Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse. Frankfurt am Main: Campus, 11–45.

Therborn, Göran 2006: Inequalities of the World. New Theoretical Frameworks, Multiple Empirical Approaches. London/New York: Verso.

Tilly, Charles 1999: Durable Inequality. Oakland: University of California Press.

Weiß, Anja 2017: Soziologie globaler Ungleichheiten. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Wie Finanzialisierung soziale Ungleichheit bedingt Eine neue Logik für alle Bereiche der Gesellschaft

Epstein, Gerald A. 2005: Financialization and the World Economy. Cheltenham: Edward Elgar.

Nölke, Andreas 2016: Finanzialisierung als Kernproblem eines sozialen Europas. WSI-Mitteilungen 69 (1), 41–48.

Piketty, Thomas 2014: Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: Beck.

Finanzialisierung im Pflegesektor

Gute Arbeit und gute Pflege gibt es nur mit demokratischen Finanzen

Ein ausführliches Policy Paper zum Thema veröffentlichte die Autorin beim Global Policy Forum im September 2022: https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/GPW37_2022_0926-Injuring-Care-Economy-with-Private-Finance.pdf

Einen Blog-Beitrag von Marina Durano zum Thema Finanzialisierung im Pflegesektor veröffentlichte die Friedrich-Ebert-Stiftung im März 2022: <https://www.fes.de/themenportal-gender-jugend-senioren/gender-matters/the-future-is-feminist-archive/artikelseite/gewinnmaximierung-auf-kosten-hilfsbeduerftiger-finanzialisierte-pflege-ist-keine-pflege>

Attridge, Samantha & Engen, Lars 2019: Blended Finance in the Poorest Countries: The Need for a Better Approach, ODI Report. London: Overseas Development Institute.

Gupta, Atul et al. 2022: Does Private Equity Investment in Healthcare Benefit Patients? Evidence from Nursing Homes. Working Paper 28474. National Bureau of Economic Research, Cambridge.

Harrington, Charlene et al. 2017: Marketization in Long-Term Care: A Cross-Country Comparison of Large For-Profit Nursing Home Chains, Health Services Insights, Vol. 10 January–December 2017.

Sello, Limpho 2021: Lesotho: Netcare Hits Back, Accuses Gov't of Breach of Contract, Lesotho Times, 11 August 2021. <https://allafrica.com/stories/202108120422.html>

Finanzialisierung in der Landwirtschaft Ist Hunger die nächste Pandemie?

FAO 2022: The State of Food Security and Nutrition in the World 2022.

<https://www.fao.org/documents/card/es/c/cc0639en/>

Oxfam 2022: Ungleichheitsreport 2022, Profiting from Pain.

<https://www.oxfam.org/en/research/profitting-pain>

Bildungsgewerkschaften kämpfen gegen Privatisierung: »Bildung ist kein Fast Food«

Gray-Lobe, Guthrie et al. 2022: Can Education bei Standardized? Evidence from Kenya, Working Paper, 6. Juni 2022.

<https://bfi.uchicago.edu/working-paper/2022-68/>

Education International 2022: World Bank to exit investment in for-profit school chain Bridge International Academies, 16. März 2022. <https://www.ei-ie.org/en/item/26362:world-bank-to-exit-investment-in-for-profit-school-chain-bridge-international-academies>



DGB Bildungswerk BUND
Nord-Süd-Netz
Franz-Rennefeld-Weg 5, 40472 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 43 01 - 320
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de